

WIRTSCHAFT ETHIK

Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

Liebe Freunde, Mitglieder und Interessenten,

leider wissen Christen oft gar nicht mehr, wie wichtig sie für die gesellschaftliche Entwicklung ihres Landes sind. Christen haben oft wichtige soziale Vorreiterfunktionen übernommen und die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft waren durch ihren Glauben geprägt und haben ihre christlichen Überzeugungen mit in diese wirtschaftliche Konzeption einfließen lassen. Jesus sagt zu seinen Jüngern in der Bergpredigt: „Ihr seid das Salz der Erde!“. Er warnte dann, wenn das Salz nicht mehr salzt, dann ist es zu nichts mehr nütze; man schüttet es weg.

Der livländische Theologe A. von Harnack beschrieb schon 1894 die gesellschaftliche Aufgabe der Kirche: „Sie soll dem heutigen Geschlecht den lebendigen Gott und das ewige Leben verkündigen. Sie soll von dem Herrn und Erlöser zeugen Sie soll mit allem Ernst predigen, dass die Sünde der Leute Verderben und die stärkste Wurzel alles Elends ist, und sie soll das tun in rechter Freiheit, in verständlicher Form und mit verständlichen Ausdrucksmitteln. Tut sie das, so hat sie schon den Hauptteil ihrer ‚sozialen Aufgabe‘ erfüllt.“

Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten. Wir müssen mit offenen Augen die Probleme der Welt sehen und ihnen Jesus bezeugen. Das gehört zum Missionsbefehl. Leider drehen wir uns oft nur um uns selbst, wirken wenig in die Gesellschaft hinein.

„Lord, what I want ..., Lord, what I want...“ hörte ich vor längerer Zeit in den USA im Radio. Es klang als hätte eine Schallplatte einen Sprung. Dann sagte ein Sprecher: Ist das nicht unsere Lebensmelodie? Wir bringen Gott immer wieder unsere Wünsche dar – aber wir fragen kaum, was er von uns möchte. Sind wir nicht wie eine solche Schallplatte mit Sprung?

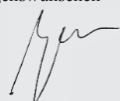
Eine Rückbesinnung auf christliche Werte und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ist notwendig. Ob wir wollen oder nicht, wir leben als Einzelne und als Volk einer Ernte entgegen. Jedes Wort, das wir reden oder verschweigen, ist Saat zur späteren Ernte. Auch unser Nichtstun und unsere Uninteressiertheit bringen Früchte. Gott lässt sich nicht spotten: Was Menschen säen, das werden sie auch ernten.

Ihnen wünsche ich für das neue Jahr das Säen guten Saatgutes und eine gesegnete Ernte und grüße Sie mit dem Wort Jesu aus der Jahreslosung: „Ich will dem Durstigen geben von der Quelle des lebendigen Wassers umsonst!“

Mit allen guten Segenswünschen

Ihr/Euer

Werner Lachmann
Ehrenvorsitzender der GWE



Grundfragen der Wirtschaftsethik XLIV:

□ Déjà vu - der gekochte Frosch¹

Kommt ein Frosch in heißes Wasser, dann springt er sofort heraus, denn er will sich nicht verbrühen. Setzt man aber einen Frosch in Zimmertemperatur warmes Wasser aus und erschreckt ihn nicht, dann bleibt er seelenruhig sitzen. Wenn dann die Temperatur langsam erhöht wird, verharrt er ungerührt im Wasser. Zuerst fühlt er sich behaglich, dann wird er schlapp und zum Schluss fehlen ihm die Kräfte, um aus dem heißen Wasser zu springen und sich zu retten. Der Frosch ist nämlich in seinem Wesen so gepolt, dass er rasche Veränderungen sofort erkennen und bewerten kann, aber langsame Änderungen zu spät als gefährlich begreift. In einer solchen Gefahr steht wohl nicht nur der Frosch. Ernsthaft Bedrohungen in einer Gesellschaft kommen ebenfalls selten von plötzlichen Ereignissen, sondern meist von langsam schleichenden Prozessen. Die gesellschaftspolitische Gefahr wird dann meist zu spät erkannt. Deshalb sollte man bereits den Anfängen solcher gesellschaftlichen Fehlentwicklungen wehren. Schon im Hohen Lied heißt es: „Fangt uns die Füchse, die kleinen Füchse, die die Weinberge verderben.“ (2,15) Nicht umsonst lautet ein kluger Rat: „Wehret den Anfängen!“ Deiche müssen stets überprüft werden, ob sie von wühlenden Tieren untergraben sind, so dass sie den Stürmen und Wellen vielleicht nicht standzuhalten vermögen. Die Unterlassung dieser Überprüfung kann dramatische Folgen für die Sicherheit der Küstenbewohner ha-

INHALT

Grundfragen der Wirtschaftsethik XLIV:

Déjà vu - der gekochte Frosch..... 1

Positionen:

Die Kosten der Moral 5

Bürgerversicherung „reloaded“ 5

Luthers Verständnis von ‚Gewissen‘ 8

Rezensionen:

„Data and Goliath“ 8
Für Gott und den Profit..... 9
„Nehemia: Ein Kellner räumt auf – Ja bitte, aber ordentlich!“ 14
Vertrauen in der ökonomischen Theorie. 15
Eine Frage des Gleichgewichts 18
Ist Freihandel fairer Handel?..... 18
Wirtschaft mit Würde: 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft 19
Impressum/Über die GWE..... 20

Fortsetzung: Déjà vu - der gekochte Frosch

Grundfragen der Wirtschaftsethik von Werner Lachmann

ben. Auch dieses Unterwühlen der Deiche geschieht oft langsam und unmerklich. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte in Europa scheint ebenfalls diesem Muster langsamer Verschlechterung zu folgen. Dabei dürfte diese Entwicklung eigentlich keine Überraschung sein – es ist alles schon einmal da gewesen. Alles „déjà vu“. Aus der Geschichte lässt sich lernen und Fehler könnten vermieden werden. Man muss sich nur einmal die letzten Krisenmuster ansehen. Es begann stets unmerklich mit einer kritischen wirtschaftspolitischen Entscheidung, deren Spätfolgen nicht beachtet wurden. Kurzsichtigkeit statt Nachhaltigkeit lautet der immer wieder erhobene Vorwurf gegenüber den nationalen und europäischen Entscheidungsträgern. Manchmal kann man sich über die sachliche Naivität der wirtschaftspolitischen Entscheidungen nur wundern. Wahlkalkül geht leider oft vor Gemeinwohl! Politiker kämpfen oft nicht mit Sachargumenten, sondern mit Hilfe von Versprechungen nur um Wählerpotentiale. An einigen Beispielen europäischer Politik möchte ich dieses Problem verdeutlichen.

Die gegenwärtige Energiepolitik wird so durchgeführt wie einst die europäische Landwirtschaftspolitik. Seit der Energiewende gibt es bei der Elektrizität sichere (politische!) Preise, die von den Regierungen festgelegt wurden. Die resultierende Überproduktion wird abgenommen – man weiß oft nur nicht wohin damit! Überschussenergie wird ins Ausland unter Wert verkauft. Erinnern wir uns noch an die Überschüsse in der Landwirtschaft, an Milchseen, Butterberge und Weizenhalden? Die Kosten für die Bürger in Europa waren enorm: Höhere Preise und zusätzlich höhere Steuern, um über Lagerhaltung diese hohen Preise abzusichern. Langsam musste sich die Politik den ökonomischen Gesetzen und finanziellen Zwängen beugen. Wir haben nun in Deutschland ähnliche Regeln in der Energiepolitik wie damals in der Agrarpolitik. Der Staat verordnet hohe Einspeisvergütungen für die Solar- und Windenergie. Kompensiert werden die hohen Kosten durch höhere Preise, die fast allen Verbrauchern auferlegt werden (Ausnahmen für energieintensive Betriebe, um deren internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden). Viele arme Verbraucher ächzen unter den hohen Strompreisen bzw., den Umlagen. Scheint die Sonne lange intensiv und weht ein kräftiger Wind, muss die Überschussproduktion an Elektrizität mit

Verlust ans Ausland verkauft werden. Es fehlen nämlich ausreichende Lagerhaltungskapazitäten für den Strom. Marktwirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten werden nicht zur Kenntnis genommen. Schon vor mehr als 50 Jahren klagten Ökonomen, dass die Politiker auch per Gesetz Gewitter abschaffen würden, merkten die Bürger nicht doch, dass das so nicht ginge.

Die Entwicklung der Staatsverschuldung folgt dem gleichen Muster. Am Anfang sind die Staatsschulden gering und werden nicht als potentielles Problem erkannt. Sie steigen langsam an, wobei die Neuverschuldung immer häufiger neu definiert wird, so dass man trotz Schuldenaufnahme von einem ausgeglichenen Staatshaushalt spricht. So werden beispielsweise die Zinszahlungen unberücksichtigt gelassen und ein konjunkturneutraler Haushalt berechnet. Durch die Hinzunahme einer geschätzten Größe für die Schattenwirtschaft wird das Nationaleinkommen erhöht, so dass der Anteil der Gesamtschulden bezogen auf das Nationaleinkommen sinkt. Als in den 1970er Jahren einige Ökonomen bei einer damaligen Schuldendienstquote von 2 % vor den Folgen einer zunehmenden Verschuldung des Staates warnten, wurde diese Kritik von der Politik nicht ernst genommen. Der Weltökonom Helmut Schmidt begann in Deutschland mit der Verschuldungspolitik. Um kurzfristig seine Wiederwahl zu sichern, meinte er, mit höheren Staatsausgaben die Arbeitslosigkeit senken zu können. Da Steuererhöhungen politisch schwer durchzusetzen sind, legen die Politiker die Rückzahlung den Enkeln auf. Die keynesianische Wirtschaftstheorie suggeriert nämlich eine höhere Beschäftigung durch zunehmende Verschuldung.

Bis heute glauben viele Politiker an diesen Mechanismus. Man stellt sich die Wirkung der Neuverschuldung wie eine Hydraulik vor. Diese Ansichten sind auch bei Ökonomen in den USA sehr beliebt. Selbst Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften leieren dieses Glaubensbekenntnis herunter. Langfristige Konsequenzen werden nicht berücksichtigt, in Anlehnung an Keynes: „In the long run we are all dead!“. Das langfristige Credo: Wenn die Staatsverschuldung steigt, beginnt die Wirtschaft sich zu erholen. Obgleich dem wachen Beobachter das Versagen deutlich sein sollte, wollen die Südländer sich immer noch am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Würde Staatsverschuldung wirklich Vollbeschäfti-

gung schaffen – dann müssten die südeuropäischen Länder bei ihrer hohen Staatsverschuldung eine Überbeschäftigung aufweisen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Hohe Staatsschulden bedeuten langfristig geringeres Wachstum und abnehmende Beschäftigung. Zunehmende Staatsverschuldung ist ein schleichendes Gift, wirkt in den Händen der Politik wie Rauschgift.

Um nun die Staatshaushalte zu entlasten, werden die Zinsen bis in die Nähe von Null gesenkt. Man durchdenke einmal die Konsequenzen einer Zinssteigerung für die Staatshaushalte! Wie beim Frosch fühlt sich die Gesellschaft bei ansteigender Staatsverschuldung wohl – und sie hat jetzt keine Kraft mehr, ihr zu entkommen. Die Kanzlerin ist oft alternativlos. So werden auch die weitere Staatsverschuldung und die weiteren Defizite in manchen europäischen Ländern als alternativlos bezeichnet. Alternativlosigkeit ist aber meist ein Zeichen von Denkfaulheit. Es gibt fast immer Alternativen. Sie müssen abgewogen werden. Es ist zuzugeben, manche politischen Maßnahmen lassen sich schwer durchsetzen. Die Bevölkerung gewöhnt sich an die Wohltaten zulasten der Enkel und wehrt sich gegen Veränderungen. Frankreich und Italien wären warnende Beispiele! Erwünschte Nachhaltigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung erfordert ein Eindämmen der zunehmenden Staatsverschuldung!

Auch bei der Geldpolitik bleibt der wirtschaftspolitische Frosch behaglich sitzen. Die EZB hat die Geldmenge aufgebläht, was auf den Börsen zu Kursgewinnen führte. Auch hier gilt: Déjà vu! Hohe Geldvermehrung kann langfristig zu ökonomischen Blasen führen (Immobilienbereich). Die Weltwirtschaftskrise von 2008 ist auf die Blasenbildung im Bausektor in den USA zurückzuführen.^[2] Um die Konjunktur vor der Präsidentenwahl anzuregen, wurden Zinsen gesenkt und günstige Kredite für den Kauf von Häusern zur Verfügung gestellt. Eine rasche Geldvermehrung hat aber das Potential der Inflation. Die Höhe und der Beginn der Inflation hängen jedoch nicht nur von der Geldpolitik ab – auch realwirtschaftliche Gründe spielen eine wichtige Rolle. So erklärt sich die gegenwärtige niedrige Inflationsrate in Europa. Schwächelt die Nachfrage, werden die Firmen trotz billiger Kredite kaum Investitionen durchführen und auch keine Preiserhöhungen durchsetzen können. Bei ei-

II Fortsetzung: Déjà vu - der gekochte Frosch

Grundfragen der Wirtschaftsethik von Werner Lachmann

ner konjunkturellen Belebung wird es die EZB jedoch schwer haben, mit Hilfe der Geldpolitik den Inflationsanstieg zu bremsen.

Seltsam ist die Angst vor einer Deflation. Die EZB strebt eine Inflationsrate von knapp unter 2 % an und fürchtet nun eine Deflation. Der Wert von knapp 2 % sollte einst die Grenze der Preissteigerung anzeigen. Eine Zahl zwischen 0 % und 2 % wurde einst als Bandbreite einer inflationsfreien Entwicklung verstanden. Jedoch ist es noch nicht lange her, da hatten wir Inflation und Stagnation, die so genannte Stagflation. Inflation ist also keine Garantie für eine hohe Beschäftigung – auf keinen Fall langfristig! Auch hier sitzt der ökonomische Frosch behaglich im Geldmengenwachstum und merkt die langsame Veränderung der geldpolitischen Rahmenbedingungen nicht! Durch Manipulation über die Medien wird vor einer Deflation gewarnt, um die hohe Geldversorgung und die niedrigen Zinsen zu rechtfertigen. Die niedrigen Zinsen sind deshalb notwendig, um die Staatsdefizite zu finanzieren – naiv ist die Behauptung, dass ein niedriger Zinssatz zu höheren Investitionen der Firmen Anlass gibt. Welcher Unternehmer investiert, wenn die Nachfrage gering ist, nur weil die Zinsen leicht gesunken sind. Im Gegenteil: Das historische Tief der Zinsen führt zu einer Enteignung der Sparer. Allein der deutsche Finanzminister hat ca. 40 Mrd. € jährlich durch Niedrigzinsen gespart. Ohne demokratische Legitimation enteignet der Staat die Sparer, um seinen Haushalt zu sanieren. Auch die angepriesene Vorsorge für das Alter wird durch diese Zinspolitik unterkariert. Versicherungsgesellschaften können kaum noch die notwendigen Renditen erwirtschaften, so dass einstmalige Versprechen bei der Lebensversicherung langfristig nicht mehr eingehalten werden können. Diese langfristigen Folgen werden übersehen - wiederum kein Zeichen einer nachhaltigen Politik!

Zu bemängeln ist auch der schleichende Verfall der Moral. Das vorhandene Ethos einer Gesellschaft stellt sich immer mehr als ein wichtiger gesellschaftlicher Produktionsfaktor heraus. Auch hier saß der Frosch behaglich im warmen Wasser. Mehr und mehr Freiheitsgrade wurden gesellschaftlich den Bürgern zur Verfügung gestellt, immer im Sinne von „Freiheit von“ statt „Freiheit für“. Unsere europäische Kultur wurde in hohem Maße durch das Christentum geprägt. Die göttlichen Gebote werden heute mehr und mehr negiert. Kirchen

haben immer mehr an Einfluss verloren – zudem haben sich die Kirchen dem Verfall der Moral auch nicht entgegengestellt. Ihre geistliche Verkündigung wurde häufig nichtssagend. Die meisten Kirchen passten sich an den Zeitgeist an, da sie den Heiligen Geist nicht mehr kannten. Moderne Menschen glauben an eine Selbstschöpfung (Evolution) und akzeptieren daher keine transzendente Macht. Wenn wir uns selbst schaffen und das Ergebnis des Zufalls sind, dann gibt es keine gültigen Wertmassstäbe; dann ist alles erlaubt.

Genauso schleichend verlief die Änderung der Familien- und Bildungspolitik! Die Soziale Marktwirtschaft sah in der Familie noch den nucleus einer gesunden Gesellschaft. Insbesondere Wilhelm Röpke betonte immer wieder die Bedeutung der Familie für einen gesunden Staat. Die Rolle der Familie hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. ^[3] In früheren Zeiten diente die Familie der ökonomischen Absicherung. Typischerweise lebten drei Generationen in einem Haushalt. Durch die Einführung der staatlichen Sozialversicherung war dies nicht mehr nötig. Kurzfristig leben zwei Generationen in einem Haushalt; heute haben wir einen hohen Anteil an Einzelhaushalten. Beide Partner standen dem Arbeitsmarkt – nach der Kindererziehung – erst wieder zur Verfügung. Aus ökonomischen Gründen versucht der Staat, Frauen nun früher in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu müssen die „Familien“ bei der Erziehung ihrer Kinder entlastet werden. Dies geschah zuerst durch Kindergärten – in letzter Zeit auch durch Kindertagesstätten (Kitas). Obgleich es für die Babys und Kleinkinder wichtig ist, am Anfang ihrer Entwicklung die Mutter als feste Bezugsperson zu haben, wird suggeriert, dass Kinder in der Kita besser aufgehoben sind. In Einzelfällen mag dies richtig sein. Die Folgeschäden dieser Politik werden der Gesellschaft teuer zu stehen kommen.

Es war eine Erfahrung von Jahrtausenden, dass Kinder erzogen werden müssen. Ihnen müssen auch immer wieder Grenzen aufgezeigt werden. In der Bibel stehen klare, starke Sätze wie „Wer seine Rute schont, hasst seinen Sohn“. (Sprüche 13,24) oder „Rute und Ermahnungen geben Weisheit“ (Sprüche 29,15). Dies ist kein Freibrief zu einer gewaltbereiten Erziehung. Schon Paulus warnt davor mit: „Ihr Väter, reizt eure Kinder nicht zum Zorn“ (Epheser 6,4). Die Bibel weiß, dass auch schon Kinder un-

ter den Folgen des Sündenfalls leiden. Kinder sind keine Engel – sie bedürfen der Erziehung. Die heutige Bildungspolitik hat ein zu idealistisches Bild des jugendlichen Menschen. Kinder werden kaum noch erzogen. Könnte es sein, dass die Gewaltorgien bei Fußballspielen und anderen Großveranstaltungen (erinnert sei an die Ausschreitungen beim G20-Treffen in Hamburg) etwas damit zu tun haben, dass den Jugendlichen nicht rechtzeitig Grenzen aufgezeigt wurden? Damit bleiben sie orientierungslos. Auch hier wurde der Frosch nicht erschreckt, langsam kam es zur Aushöhlung des Familienbegriffs und des Erziehungsziels. Jetzt wird sich die Gesellschaft kaum vor den negativen Folgen einer verkehrten Familien- und Bildungspolitik retten können.

Es droht in Deutschland und in der EU ein Verlust an Freiheit durch eine langsam ausufernde Bürokratisierung. Auch diese Bürokratisierung geht unmerklich voran. Es wurde nicht alles über Nacht staatlich geregelt. Aber wir beobachten eine gewaltige Zunahme an Gesetzen und Vorschriften. Ausweichreaktionen führen zu weiteren Regelungen – es soll, so heißt es, gerecht zugehen. Oft stehen Interessengruppen hinter bestimmten Vorschriften. Gibt es irgendwo ein (sehr bedauerliches!) Fehlverhalten, wird nach dem Gesetzgeber gerufen und wieder etwas reglementiert. Der Verlust an Moral und christlichen Werten führt oft zu einem ethischen Fehlverhalten – aber ob staatliche Regelungen dieses Fehlverhalten verhindern?

Allerdings muss man sich einmal in die Situation des Gesetzgebers und seiner Beamtenschar versetzen. Haben sie einmal etwas gut geordnet, dann wären sie arbeitslos. Also muss als nächstes das Gesetz wieder novelliert werden. Die Leistungen der Parlamente werden dabei an der Anzahl der verabschiedeten Gesetze gemessen. Könnte es nicht vielmehr so sein, dass die Anzahl der Gesetze und Novellierungen ein Zeichen von schlechter Qualität der Gesetze sind? Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Abgeordneten die Gesetze selber weder lesen noch verstehen können. Die Wirtschaft klagt nicht umsonst über die zunehmende Gesetzesflut. Wer kann heute noch seine Steuererklärung selber erstellen? Schon vor 50 Jahren wurde die Forderung erhoben, das Steuerrecht zu vereinfachen. Wie einfach war es noch vor 50 Jahren – im Vergleich zu heute!

Fortsetzung: Déjà vu - der gekochte Frosch

Grundfragen der Wirtschaftsethik von Werner Lachmann

Und der Frosch kann sich nicht mehr aufraffen, seine Freiräume zu verteidigen.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die EU-Bürokratie stets zusätzliche Kompetenzen anstrebt. Die ökonomische Theorie kann zeigen, dass Bürokratien einen Hang haben, ihren Einflussbereich auszudehnen. Dies lässt sich klassisch an der Ausweitung der Kompetenz auf Brüssel beobachten. Es muss jedoch vermerkt werden, dass manche Kompetenzübernahme durch Brüssel von den nationalen Politikern erwünscht ist. Sie können dann im politischen Alltagsgeschäft Brüssel für die Verordnungen tadeln, die sie nicht wagten zu verabschieden. Jetzt haben sie die Ausrede: Wir können ja nichts dagegen tun – Brüssel hat es in Direktiven vorgeschrieben und diese Direktiven müssen nun in nationales Recht umgesetzt werden. Übrigens liegt hier ein Demokratiedefizit vor. Der Europäische Rat (das sind die Staats- und Regierungschefs) beschließt diese Maßnahmen, die dann von den nationalen Regierungen (demokratisch legitim?) umgesetzt werden müssen. Der Brexit und das Unbehagen gegenüber Europa (eigentlich nur gegen die Brüsseler Bürokratie) sind somit nachvollziehbar.

Wir beobachten den Frosch auch in der abnehmenden Bedeutung des deutschen Parlaments. Der Einfluss des Parlaments in der deutschen Demokratie wird fortlaufend geringer. Auf der einen Seite ist die Übertragung von Kompetenzen an Brüssel zu sehen. Aber auch im nationalen Rahmen beobachten wir eine schleichende „Entmachtung“ des Parlaments. Es entscheiden zunehmend Regierungen, d.h. die regierenden Parteien oder sogar nur die Parteivorsitzenden einer Koalition. In der letzten GROKO hat die Kanzlerin in Koalitionstreffen die Entscheidungen koordiniert und das Parlament hatte nur noch abzusegnen. Eine gesellschaftlich wichtige Frage wie die „Abschaffung der Ehe“ als „Ehe für alle“ wurde ohne Aussprache vom Parlament in 42 Minuten gebilligt. Wie viele Monate dauern die Koalitionsverhandlungen? Liegen hier nicht seltsame politische Prioritäten?

Gelegentlich versuchen die Regierenden, die Öffentlichkeit (aus Sicherheitsgründen) ganz auszuschließen. Der Souverän (das Volk) hat kaum noch Einfluss auf politische Entscheidungen. Wie gut hat es dagegen die Schweiz mit den möglichen Volksentscheiden. Kom-

men politische Entscheidungen in Deutschland jedoch zu brutal – wird also der Frosch erschreckt – dann gibt es schnell einen Aufruhr. Zu verweisen sei auf die Demonstrationen zu Stuttgart 2011. Die Bevölkerung fühlt sich übergangen. Die Abgeordneten verfolgen heutzutage das Parteienwohl (und ihren Vorteil) und nicht mehr das Wohl der Bevölkerung. Kein Wunder, dass das politische Interesse und die Wahlbeteiligung abnehmen. Bei Landtagswahlen (z.B. kürzlich in Sachsen) sind schon weniger als 50 % der Wahlberechtigten zur Wahl gegangen. Bei einer so geringen Wahlbeteiligung in Deutschland ist das Parlament kaum noch legitimiert für das gesamte Volk zu sprechen! Übrigens sollte einst das Parlament die Regierung kontrollieren. Heute bestimmt die Regierung (über ihre Koalitionsvereinbarungen), wie Abgeordnete (die eigentlich allein ihrem Gewissen bei den Entscheidungen unterliegen sollten) abstimmen müssen. Damit kontrolliert die Koalitionsmehrheit sich selber. Die Medien sind die noch wirksame Opposition. Oftmals muss das Verfassungsgericht (wie im Fall der Rettungsfonds) die Regierung auf die Kompetenz des Parlaments hinweisen!

Wie retten sich die politischen Entscheidungsträger vor den Folgen ihren Fehlentscheidungen? Trotz hoher Verluste bei der letzten Bundestagswahl hat die Kanzlerin behauptet, nichts falsch gemacht zu haben. Wann hat ein Politiker jemals zugegeben, sich geirrt und eine falsche Entscheidung getroffen zu haben? Sie verfolgen die bekannte Politikerregel: „Du musst immer einen externen Sündenbock finden“ – es fehlt ihnen die Reflektion über die langfristigen Folgen des eigenen Handelns. Die Gründe zunehmender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme werden stets woanders gesucht. Es lag an den Banken, am Ausland, an der fehlenden Konsumnachfrage, aber kaum an eigenen Fehlentscheidungen. Einzig die Opposition wird Fehlentscheidungen der Regierungen anprangern.

Jedoch fordert die Opposition meist nur das Gegenteil der regierenden Koalitionsmehrheit, was auch nicht für eine rationale Politik der Opposition spricht. Eine gute Opposition sollte sinnvolle Vorschläge der Regierung unterstützen und falsche bekämpfen. Das wäre übrigens ein Vorteil einer Minderheitsregierung. Jedoch fehlt in Deutschland ein wirksamer Sanktionsmechanismus gegenüber der politischen Klasse als ganze. Im Gegensatz

zur Schweiz fehlen in Deutschland Volksentscheide über wichtige politische Themen. „Das Volk ist dazu zu dumm“ heißt es – aber es soll bei der Wahl indirekt über die zukünftige Politik des Landes entscheiden können, wobei es die Parteiprogramme kaum kennt und diese sowieso oft nur Makulatur sind.

Und es fehlen im Volk und bei seinen Eliten allgemein anerkannte Wertvorstellungen. Gerade das Wissen einer späteren Verantwortung jedes Menschen (auch des Politikers) für sein Handeln gegenüber dem Schöpfer dieser Welt, würde zu verantwortlicheren langfristigeren Entscheidungen führen. Gegenüber dem Zufall braucht sich jedoch keiner zu verantworten. Hier haben die Christen in Deutschland versagt – hier müssten Christen wieder stärker tätig werden – gemäß dem Missionsbefehl: „So geht nun hin und belehrt alle Nationen, indem ihr sie tauft auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und indem ihr sie lehrt, alles zu befolgen, was ich euch geboten habe“. (Math. 28, 18f.) Das beinhaltet auch ein Lehren der göttlichen Gebote! Ziehen sich Christen jedoch weiterhin in ihr Ghetto zurück, werden weitere Frösche gekocht, d.h. der Freiraum für eine freie Entfaltung der Menschen in unserer Gesellschaft nach christlichen Werten wird zunehmend kleiner – wenn nicht gar gänzlich verschwinden. Christen sind aufgerufen, der Stadt Bestes zu suchen. Dies schrieb der Prophet Jeremia einst an die verschleppten Juden in Babylon. (Jeremia 29,7) Die verschleppten Juden sollten auch für die Stadt beten zum Herrn, wenn es dem Land gut geht, dann geht es auch ihnen besser. Dies bedeutet für uns Christen, sich auch in den politischen und gesellschaftlichen Prozessen stärker zu engagieren.

Anmerkungen

[1] Eine kürzere Fassung erschien in *factum* 1/15 S. 22-24 unter dem Titel „Wie man einen Frosch kocht“.

[2] Zur Entstehung der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise siehe die Beiträge in: Werner Lachmann, Reinhard Haupt, Karl Farmer (Hg.): *Die Krise der Weltwirtschaft. Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft und die ethischen Herausforderungen auf dem Weg dahin.* Berlin 2011 (Lit).

[3] Siehe auch: Werner Lachmann: *Einst gemeinsam vor der Feuerstelle – jetzt vereinzelt vor der Mikrowelle: Der Wandel des sozioökonomischen Familienbildes von der Antike bis*

Gary Becker, in: Werner Lachmann, Reinhard Haupt, Karl Farmer (Hrsg.): *Familienpolitik – biblisch-christliches Familienbild und kul-*

turelle Globalisierung. Berlin 2009 (Lit), S. 57-86.

■ Die Kosten der Moral

Belastungen der deutschen Wirtschaft durch den Flüchtlingszustrom von Christian Müller

Der gegenwärtige massive Zustrom von Flüchtlingen, so wird gern betont, nütze nicht zuletzt der deutschen Wirtschaft. Um sein Produktivitätsniveau zu halten, braucht Deutschland nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) etwa eine jährliche Nettozuwanderung von bis zu 533.000 Arbeitnehmern; die Flüchtlinge scheinen also wie gerufen zu kommen. Und da die Aufnahme von Flüchtlingen Kosten für die Versorgung und Integration der Geflüchteten von bis zu 29 Mrd. € pro Jahr verursacht, könnten, wie das Institut der deutschen Wirtschaft vorrechnet, diese Ausgaben noch dazu wie eine „Konjunkturspritze“ im Inland wirken.

Ist die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland also ökonomisch betrachtet ein gutes Geschäft? Jüngste Studien dürften diese Euphorie ein wenig dämpfen. Es stimmt, dass das deutsche Inlandsprodukt in Folge der Aufnahme von Flüchtlingen wächst; aber diese Zunahme verteilt sich auch auf eine größer gewordene Bevölkerung. Berücksichtigt man das Hin-zukommen von 1,2 Millionen Menschen seit 2015, so ist das Durchschnittseinkommen in Deutschland sogar gesunken.

Auch die Arbeitsmarktzahlen sind alles andere als rosig. Denn die so positiv stimmenden Mi-grationsstudien beziehen sich meist nicht auf Flüchtlinge, sondern auf Zuwanderer aus dem EU-Ausland mit hohen Qualifikationen, welche die aktuell zu uns kommenden Migranten oft nicht mitbringen. Der neue IAB-Zuwanderungsmonitor zeichnet für Ende 2016 daher

auch ein viel nüchterneres Bild: Danach waren im Herbst letzten Jahres lediglich 16,2 % der Flüchtlinge beschäftigt; mehr als die Hälfte von ihnen war arbeitslos; über 42 % erhielten Leistungen nach dem SGB II. Der Hauptgrund hierfür dürften die arbeitsmarktbezogenen (nicht nur sprachlichen) Qualifikationsdefizite der Flüchtlinge sein. Dass der Fachkräftemangel durch die immigrierten Flüchtlinge zu beheben sei, erwartet eine neuere IAB-Studie daher gar nicht mehr. Den Steueraufkommen, die aus der Verjüngung des Arbeitskräftebestandes zu erwarten sein dürften, wird nach alledem wegen der mangelnden Arbeitsmarkt-eignung eine Belastung der öffentlichen Hand gegenüberstehen, die nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bis 2030 zu einem durchschnittlichen negativen Finanzierungssaldo von 2,11 Milliarden € pro Jahr führen würden, der selbst dann, wenn man künftige Erträge aus Investitionen in Sprachkompetenz dagegen rechnet, deutlich negativ bleibt. Steuererhöhungen dürften unvermeidlich sein.

Natürlich stimmt es, dass der Flüchtlings-zustrom auch unter den Einheimischen Jobs schafft. Aber diese Vorteile fallen v.a. bei hochqualifizierten und gutverdienenden Arbeitnehmern an, die direkt am Zustrom verdienen (z.B. Lehrer, Pädagogen) oder die als Kapitaleigner Zuwanderer beschäftigen. Für Niedrigverdiener in einem unmittelbaren Substitutionsverhältnis zu den Zuwanderern könnte das Leben indes deutlich schwerer werden.

Per Saldo dürften die Belastungen der Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge für die deutsche Volkswirtschaft überwiegen. Diese Feststellung bedeutet natürlich nicht, dass Menschen in Not nicht geholfen werden sollte. Im Gegenteil: Auf dem Hintergrund der Verantwortung von Christen für ihre Nächsten dürfte eine kontrollierte Grenzöffnung für Hilfesuchende richtig sein. Aber Moral hat ihren Preis – in der Wirtschaft nicht anders als im übrigen Leben. Nur wenn man die durch die Flüchtlingskrise entstehenden Konsequenzen klar benennt, kann die Gesellschaft sich zu ihrer Lösung rüsten. Denn als Christen sind wir nicht nur den Flüchtlingen gegenüber verpflichtet, sondern auch den nachwachsenden Generationen unseres Landes.

Literaturhinweise

- Bach, S. et al. (2017), „Investitionen in die Integration der Flüchtlinge lohnen sich“, DIW-Wochenbericht 84 (3), 47-58.
- Brücker, H. et al. (2017), IAB Zuwanderungsmonitor Dezember 2016, Nürnberg

Anmerkungen

Zuerst erschienen in:

die tagespost, http://www.ksz.de/aktuelle_nachrichten.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=481&cHash=d8dd8de460b648c3661b449ab3dba325 (vom 23.05.2017)

■ Bürgerversicherung „reloaded“ – sinnvolle Idee oder nur eine „aufgewärmte“ Debatte?

Eine entideologisierte Debatte tut Not! Von Jürgen Zerth, Fürth

Nun ist sie wieder da, die Diskussion um eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, die gegenwärtig in den so genannten „Groko-Konsultationen“ vorangetrieben wird. Wenn man dem Position-

papier der SPD Rechnung schenken will, geht es im Grundsatz um folgende Positionen (vgl. exemplarisch Ärzteblatt vom 13. Dezember 2017):

- Es sollen alle Bürger in einen gemeinsamen Raum der Erstversicherung integriert werden, in dem Sinne dass die „Bürgerversicherung“ von bisherigen gesetzlichen Krankenkassen als auch

Fortsetzung: Bürgerversicherung „reloaded“

Eine entideologisierte Debatte tut Not! Von Jürgen Zerth, Fürth

von privaten Krankenversicherungen angeboten werden.

- Das unterschiedliche Honorarsystem zwischen Kassen- und Privatpatienten soll angeglichen werden, jedoch weitgehend ohne Honorareinbußen für die niedergelassenen Ärzte.
- Letztendlich erwarten die Befürworter von der Einführung einer derartigen Bürgerversicherung mehr Wettbewerb um bessere Versorgung.

Bereits in einem älteren Beitrag („Bürgerversicherung ahoi!“ vom Mai 2013) wurde die Bedeutung der Versorgungseffektivität und Versorgungseffizienz als wesentlicher Maßstab in der Debatte um eine Bürgerversicherung nahegelegt. Eine kurze Rekapitulation der Grundbedingungen einer solidarisch-verfassten Gesundheitsversorgung – dieses Postulat ist meiner Erkenntnis trotz aller Ausgestaltungsformen Kern der europäischen Idee einer Gesundheitsversorgung – gilt es dezidiert in den Blick zu nehmen:

Kern einer Debatte um eine Bürgerversicherung muss zunächst sein, die Idee des Sicherungsversprechens in der Gesundheitsversorgung genauer auszuloten. Grob gesprochen gilt es zwei Risikobereiche zu differenzieren: Einerseits geht es um das Krankheitskostenrisiko, das sich vereinfacht mit der „Vergütung“ der Leistungserbringer im Krankheitsfall umschreiben lässt, andererseits steht das Einkommensausfallrisiko durch Erkrankung im Blick. Letztgenanntes wird in Deutschland zu einem großen Teil durch die Entgeltfortzahlung vom Arbeitgeber getragen und erst danach greift das Krankengeld (das übrigens bei Einführung der Urform der gesetzlichen Krankenversicherung 1883 die Hauptleistung dargestellt hat). Die Idee einer solidarisch-begründeten Garantie von Gesundheitsleistungen in einer Gesellschaft bedeutet vor diesem Hintergrund zunächst nur, dass auf einem diskussionswürdigen und -notwendigen Niveau eine Leistungsgarantie aus dem Möglichkeiten eines grundsätzlich privat-finanzierbaren Marktes für Gesundheitsleistungen (die meisten Gesundheitsleistungen sind ökonomisch Individualgüter und nur sehr selten Kollektivgüter im reinen Sinn) ausgebil-

det werden muss und meritorisiert ein Anspruch auf Regelversorgung definiert wird. Dieser Regelversorgungsanspruch wird nun in einem Bismarck-System – als Bezeichnung der versicherungsbezogenen Systeme im Vergleich zu den staatsfinanzierten Beveridge-Typen – durch einen dreigeteilten „regulierten“ Markt organisiert, der häufig als Dreieck aus „Versicherungsvertrag“, „Behandlungsvertrag“ und „Versorgungsvertrag“ illustriert wird (vgl. exemplarisch Cassel/Wasem 2014, S. 25). Wohingegen der erste Vertrag die Beziehung zwischen Versicherten und Versicherung adressiert, nimmt der Behandlungsvertrag die Leistungsbeziehung zwischen Patient und Arzt in den Blick und der Versorgungsvertrag skizziert eine mögliche Steuerungsrolle der Krankenversicherung im Zusammenhang mit der Leistungsgestaltung. Eine Debatte um einer Bürgerversicherung benötigt zunächst eine methodische Klarheit, welche regulierte Marktseite gerade in der Diskussion gemeint ist. Zunächst ist eine Bürgerversicherung der Semantik nach eine Idee für den Versicherungsvertrag und folgt unabhängig von den auf den Tisch liegenden Konzepten der Idee einer allgemeinen Versicherungspflicht für alle Bürger, weil – Minderschätzung zukünftiger Leiden (Böhm-Bawerk) - es auch ökonomisch durchaus vernünftig sein kann, eine allgemeine Versicherungspflicht zu definieren.

Wie nun diese allgemeine Versicherungspflicht definiert ist, ist nun in der deutschen Debatte der eigentliche Kern und leider wird diese Frage seit Beginn der Bürgerversicherungsdebatte vor über 15 Jahren am Ende mehr ideologisch und weniger methodisch oder gar empirisch geführt. Ein Blick auf den regulierten Versicherungsmarkt ist nun hilfreich. Der PKV-Markt zeichnet sich dadurch aus, dass im Erstversicherungsmarkt risikoorientierte Prämien kontrahiert werden und im Sinne einer geglätteten Prämie die Vertragsbeziehung mit dem Aufbau von so genannten Altersrückstellungen verknüpft ist. Die Idee einer echten risikoäquivalenten Prämie ist im Krankenversicherungsmarkt idealtypischerweise nur bei eher kurzfristigen erneuerbaren Verträgen zu erreichen (vgl. etwa Cochrane 1995), ansonsten wird das Prämienrisiko in der Zeit etwa durch geglättete Verträge, die einen Kapitaldeckungsfaktor enthalten, ausgegli-

chen. Die Weitergabe dieser Altersrückstellungen sind bei späteren Wechsel ein wesentlicher Knackpunkt und in dieser Frage müssen alle Befürworter eines Systems, die auf das Privatversicherungsmodell rekurrieren, hier die Notwendigkeit einer im Idealfall individualisierten Weitergabemöglichkeit fordern (exemplarisch auch im Bayreuther Versichertenmodell: Oberender et. al. 2006). Unabhängig von der Frage der Altersrückstellung ist der Ausgleich der Risikolast zu klären, wenn – Solidarprinzip weiter vorausgesetzt – Menschen mit höheren Risiko sich aus ökonomischen Gründen bestimmte Prämienhöhen nicht leisten können. Die gesundheitsökonomische Debatte hat die grundsätzliche Vorteilhaftigkeit von Prämienmodellen aus allokativen Gründen einerseits häufiger herausgestellt, andererseits aber auch darauf hingewiesen, dass letztendlich auch bei einem Verzicht auf risikoorientierte Prämien im Erstversicherungskontext idealiter eine Risikostrukturausgleichssystematik die Krankenversicherungen so stellen sollte, als hätten sie risikoorientierte Prämien erhoben (vgl. zum letzten Punkt Buchner/Göppfarth 2014). Unabhängig von der Problematik der grundsätzlichen Strategieanfälligkeit eines Regulierungssystems „Risikostrukturausgleich“ gilt es daher den Blick eher auf den Bereich der Versorgungsrelevanz zu richten, nämlich auf die Frage, mit welchem Modell die Versicherten wenn sie Patienten werden eine höhere Chance auf effektive und effiziente Behandlung und Versorgung erfahren. Hier gilt es auf das lange unterschätzte Problem der Marktspaltung zwischen Versicherungsmarkt und Versorgungsmarkt hinzuweisen. Die Unterstellung, die (vermeintliche) Souveränität des Versicherten im Versicherungsmarkt ist ohne Einschränkung auch als Souveränität des Patienten Versorgungsfall zu interpretieren, greift zu kurz (vgl. Rebscher 2011). Eine grobe Daumenregel lässt festhalten, dass ca. 80 % der Leistungen in der GKV von ca. 20 % der Versicherten nachgefragt werden, nämlich gerade von Patienten mit chronischen Krankheitsbildern oder Mehrfacherkrankungen und parallel dazu ca. 80 % der Versicherten eher selten und dann eher reguläre Leistungen in Anspruch nehmen. Die Versorgungsproblematik gerade bei chronischen Krankheiten erfordert aber die Notwendigkeit sektorübergreifen-

Fortsetzung: Bürgerversicherung „reloaded“

Eine entideologisierte Debatte tut Not! Von Jürgen Zerth, Fürth

der Kontexte und einer zunehmender Verzahnung der Arbeitsteilung zwischen den medizinisch-pflegerischen Professionen. Beispielsweise lässt sich empirisch zeigen, dass fast 60 % der Personen, die eine Kurzzeitpflege – hier käme sogar noch der Bereich der Pflegeversicherung ins Spiel - in Anspruch nehmen, im Vormonat eine Krankenhausepisode abgeschlossen haben (vgl. Rothgang et. al. 2015).

Die Gestaltung von Versorgungsleistungen über und zwischen Sektoren ist eine der wesentlichen Herausforderungen für eine Gesundheitsversorgung, die sich dem Charakter der Versorgungssteuerung bei einem wachsenden Anteil chronisch Kranker Personen stellen muss. Somit stellt sich die Frage weniger nach dem Finanzierungsmodell, sondern nach der Verlinkung zwischen Risikotragung im Versicherungsvertrag mit dem Versorgungskonzept. Das Kostenerstattungsmodell, das trotz aller Veränderungen der jüngeren Zeit das Primärmodell im Bereich der Privaten Krankenversicherung ist, setzt aber nur an keiner oder einer indirekten Leistungssteuerung der Leistungserbringer an und überträgt somit die Vermutung des Versichertenmarktes, des aufgeklärten, informierten Versicherten, der Auswahlentscheidungen gut treffen kann, in den Behandlungsmarkt. Eine direkte Kontrolle der Leistungsgestaltung oder des Qualitätsanspruchs, wie es Formen selektiven Kontrahierens vorsehen, ist kaum möglich. Die Zunahme chronischer und altersabhängiger Krankheiten führt außerdem dazu, dass eine kontinuierliche Leistungsanspruchnahme von Gesundheits- und Pflegeleistungen und somit die Steuerung des direkten Leistungsflusses zwischen Leistungserbringer und Patient an Bedeutung gewinnt (vgl. etwa Zerth 2012). Die empirischen Hinweise, dass die Frage des Versicherungsschutzes eine viel geringere Erklärungskraft auf die Leistungsanspruchnahme durch den Versicherten hat als indikationsspezifische Aspekte, machen etwa exemplarisch deutlich, dass es um eine ganzheitliche Betrachtung des Gesundheitssystem gehen muss. Vor diesem Hintergrund ist etwa eine Angleichung der Honorierungsregelungen tatsächlich eine relevante zu diskutierende Fragestellung,

aber zunächst zwischen den Versorgungsektoren ambulant und stationär, völlig unabhängig von der Versicherungsgestaltung. Erst in einem zweiten Kontext gewinnt dann die Frage nach einer Angleichung der Honorierungsregelungen zwischen dem PKV- und GKV-System an Bedeutung, aber eher in der Frage, ob und in welcher Weise es richtig ist, dass das PKV-System als Innovationstreiber an der Systemgrenze wirksam wird. Der häufig angeführte Systemwettbewerb zwischen GKV- und PKV-System ließe sich hier erwähnen, es gilt aber festzuhalten, dass dieser nur an den Rändern zwischen Pflichtversicherung und freiwilliger Versicherung wirksam wird. Vielmehr gilt es also zu fragen, wie sektorübergreifende Versorgungskonzepte implementiert werden können. Die Frage nach der Vereinheitlichung des Erstversicherungsmarktes ist somit nicht relevanter als die Gestaltung einer sektorübergreifenden Gestaltung von Versorgungsstrukturen. Die Idee der Solidarischen Wettbewerbsordnung stellt daher weniger die Frage in den Vordergrund, ob im Erstversicherungsmarkt zunächst risikoorientierte Prämien erhoben werden können und dann ein Steuerausgleich erfolgt oder der Ausgleich gleich im Erstversicherungsmarkt erfolgt und dann über ein Risikostrukturausgleichssystem die Kassen quasirisikoäquivalente Prämien erhalten, sondern fokussiert auf ein ganzheitliches Wettbewerbs- und Regulierungsdesign für Versicherungs- und Versorgungsmarkt. Es gilt im Sinne eines „regulated competition“ Experimentierräume zu eröffnen, wo dezentrale Versorgungslösungen miteinander konkurrieren, gerade auch mit der Zielsetzung, die Imitation in Richtung Fortentwicklung der Regelversorgung zu befördern. Somit wäre weniger die Debatte um eine „Zweiklassenmedizin“ zu führen wie sie in der Bürgerversicherungsdebatte mitschwingt, sondern mehr, inwiefern gesteuerte Ungleichheit auf Zeit – nichts anderes bedeutet Versorgungswettbewerb – zur Verbesserung der Regelversorgung nach einer definierten Zeit führen kann. Hier den Blick der „Bürgerversicherungsdebatte“ zu lenken, wäre ein Gewinn im Hinblick auf Versorgung und Patientenorientierung.

Literaturhinweise

- Buchner, F./Göpfarth, D. (2014): Risikostrukturausgleich als „technischer Kern“ der Solidarischen Wettbewerbsordnung, in: Cassel, D. et. al. (Hrsg.): Solidarische Wettbewerbsordnung, medhochzwei, Heidelberg, S. 77-117.
- Cochrane, J. (1995): Time-Consistent Health Insurance, The Journal of Political Economy 103: 445-473.
- Oberender, P./Felder, S./Ulrich, V./Schneider, U./Werblow, A./Zerth, J. (2006): Bayreuther Versichertenmodell. Der Weg in ein freies Gesundheitswesen, P.C.O.-Verlag, Bayreuth.
- Rebscher, H., Perspektivenwechsel Bewertungskategorien selektiven Vertragshandels. In: Rüter, G.; Da-Cruz, P.; Schwegel, P. (Hg.): Gesundheitsökonomie und Wirtschaftspolitik. Baden-Baden 2011: Lucius und Lucius, S. 348–362.
- Rothgang, H./Kalwitzki, T. Müller, R.; Runte; R./Unger, R. (2015): Barmer GEK Pflegebericht 2015 – Schwerpunktthema: Pflegen zu Hause. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Asgard-Verlagsservice, Siegburg.
- Zerth, J., Zur Bedeutung der Wettbewerbsrolle im Gesundheitswesen, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 61 (2012), S. 299-309. Gesundheitsökonomie und Wirtschaftspolitik. Baden-Baden 2011: Lucius und Lucius, S. 348–362.

Anmerkungen

Zuerst erschienen auf:

<http://wirtschaftlichfreiheit.de/wordpress/?p=21952> (vom 8.1.2018)

□ Luthers Verständnis von ‚Gewissen‘

Von Otto Haß

Man kann das Gewissen allgemein als „Ort der moralischen Selbstbeurteilung des Menschen“ auffassen, ein Ort, an dem zwischen Gut und Böse unterschieden wird. Wie kommt es zu diesem Ort im Menschen? Ist es eine wesensmäßige Anlage oder ein Ergebnis kulturgeschichtlicher Entwicklung? Die katholische Tradition interpretiert das Gewissen als ‚allgemeinen Hang zum Guten‘. Luther sah dagegen auf Grund seiner Lebenserfahrung, vor allem aber wegen des alt- und neutestamentlichen Zeugnisses, im Gewissen eher einen ‚Hang zu Bösem‘: Es bleibe vielmehr so: Gott ist wahrhaftig und alle Menschen sind Lügner. Luther verweist insbesondere auf Psalm 51, in dem zu lesen ist: „An dir allein habe ich gesündigt; ich erkenne meine Missetat.“ Das schlechte Gewissen plagt den Beter. Er bittet Gott daher: „Gott, sei mir gnädig nach deiner Güte, und tilge meine Sünden nach deiner großen Barmherzigkeit.“

Luther glaubte an die Erlösungstat Christi und war der Überzeugung, dass sein gequältes Gewissen von Gott befreit werden könne. Aus seinem durch die Sünde gefangenen Gewissen werde ein „getröstetes Gewissen, das alle Tränen und Tropfen menschlicher Beschwernisse“ aufzehrt. Dieses getröstete, jetzt in Gottes Wort gefangene Gewissen ist Kraftquelle und Fähigkeit, Gutes tun zu wollen. Es ist allerdings fehlbar und kann

jederzeit irren. Mit Luthers Worten (verkürzt wiedergegeben): Das Evangelium ist ein Trost in der Angst der Gewissen derer, die Gottes Zorn wider Sünde und Schwachheit in Schrecken fühlen, ausgelöst durch die Predigt des Evangeliums und zugerichtet dazu, dass man bedenke und betrachte, man habe Gottes und nicht Menschen Gesetz übertreten und dagegen gehandelt.

Das Evangelium soll uns aufmuntern und anregen, den Trost nicht in irgendwelchen menschlichen Verdiensten und Werken, sondern in der Predigt eben dieses Evangeliums zu suchen. Das heißt, wenn unser Gewissen von Gott zum Frieden gebracht, gestillt und getröstet worden ist, sollen wir den Glauben auch mit guten Werken beweisen, die Gott in den zehn Geboten befohlen und geboten hat.

In diesem Sinn konnte Luther am 18.4.1521 vor Kaiser und Reich bekennen: Mein Gewissen ist in Gottes Wort (im Evangelium) gefangen. Und ich kann und will auch nichts widerrufen, da gegen das Gewissen zu handeln weder sicher noch einwandfrei ist.“

Wie weit die Evangelische Kirche in Deutschland sich von dieser lutherischen Argumentation entfernt hat lässt sich erkennen, wenn man ‚Die Orientierungs-

hilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahr 2013‘ daraufhin sorgfältig liest. Der Schreiber dieser Zeilen hat in ‚Wirtschaft und Ethik‘ (Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. 25. Jg. Nr.1, Juni 2014) das Ergebnis der Lektüre folgendermaßen zusammengefasst: „Die mehrfach geäußerte Kritik, dass die Autorität der biblischen Schriften in der ‚Orientierungshilfe‘ in Frage gestellt werde, muss voll bestätigt werden.“

Die Diskussion über dieses Problem dürfte noch nicht abgeschlossen sein.

Literaturhinweise

- Alle Luther-Zitate sind aus dem zehnbändigen ‚Luther Deutsch‘ (herausgegeben von K. Aland, erschienen von 1959 bis 1969) entnommen.

Auch unter Mithilfe von:

- Greschat, M.: Reformationszeit I, Mainz u.a., 1981

- Joest, W.: Ontologie der Person bei Luther, Göttingen 1967

■ „Data and Goliath – The Hidden Battles to Collect your Data and Control Your World“

Buchrezension von Beate Naumer

Norton & Company, New York, 2015

Dt.: „Data und Goliath - Die Schlacht um die Kontrolle unserer Welt: Wie wir uns gegen Überwachung, Zensur und Datenklau wehren müssen“, Redline Verlag, München 2015

Ich erinnere mich noch genau an die Führung durch das Büro der ehemaligen Bezirksleitung der Staatssicherheit der DDR in Gera: Ein Raum nach dem anderen voller Registraturen, die alles festhielten, was Mielkes Spitzeln festhaltenswert erschien. IM - Berichte, Deck- und Klarnamen von

Zuträgern, Briefe, die ihre Empfänger nie erreichten, Duftproben von Regimegegnern, damit die Hunde sie bei Bedarf sofort ausfindig machen konnten, ... eine nicht endenwollende Flut zumeist aus Papier. Besonders hat mich der Rucksack mit den Mikrofilmen beeindruckt, der zusammen mit wasserdicht verschließbaren Bleirohren im Safe lag. Dazu Wanderstiefel. Die Idee dahinter war so einfach wie aussagekräftig: Wenn der „Feind“ – gemeint war der freie Westen – einfällt, können die wichtigsten Dokumente sofort in Sicherheit gebracht und irgendwo in einem Fluss oder See ver-

senkt werden zur späteren konspirativen Verwendung. „Der Sozialismus ist eine Bewegung, die in langen Zeiträumen denkt“ (Walter Ulbricht).

Irgendwo am Ende aller Gänge dann ein kleiner Raum, der einzige mit vergitterten Fenstern. Hier stand ein PC mit Disketten, der den ganzen Mief des „Arbeiter- und Bauernstaates“ in ein Stillleben fasste. Was hätte aus dieser Diktatur werden können, hätte sie die Überwachungstechniken von heute gehabt?

■ Fortsetzung: Data and Goliath

Buchrezension von Beate Naumer

Überwachungstechniken wie sie Bruce Schneier in seinem absolut lesenswerten Buch beschreibt. Anders als in der DDR, deren Unterdrückungsapparat auch von der Angst profitierte, dass man nie so genau wusste, wer und was überwacht wird und ob der Feind, wie im Falle von Vera Wolleweber (heute wieder Vera Lengsfeld), nicht im eigenen Bett liegt, ist jetzt alles überwachbar. Anders als die Begrenztheit von Disketten sind die Kosten für das Speichern von Daten deutlich gefallen und zu vernachlässigen. Anders als die Registerkarten es ermöglichten, sind moderne Algorithmen mit ihrer Fähigkeit, Datenmengen zu durchpflügen, blitzschnell und lernfähig dank künstlicher Intelligenz. Anders als in einer Diktatur alter Prägung werden heute nicht mehr Hunderttausende von haupt- und nebenamtlichen Spitzeln benötigt, um ein Volk von ein paar Millionen Menschen auf den Weg zum neuen, zum sozialistischen, Menschen zu führen. Überwachung heißt heute Selbstüberwachung und sie beginnt mit der Aufgabe unserer Privatsphäre.

Mein Handy gibt an, mit wem ich wo die Nacht verbracht habe, meine Suchmaschine speichert über Jahre meine bekannten und unbekanntenen Vorlieben, die Kreditkarte lässt erkennen, ob ich mich gesund ernähre, und wenn es nicht die Kundenkarten, Suchanfragen oder das Handy sind, die mich insgesamt besser kennen als ich mich selbst, dann sind es meine Freunde, die mich verraten. Ungewollt oder unbeachtet zieht vielleicht eine Spiele-App gerade all Ihre Kontakte vom Smartphone eines Freundes ab und schickt sie ins Nirgendwo einer Datenkrake, die aus vielen Puzzlesteinen Rückschlüsse auf mich zieht. Was darüber hinaus noch fehlt, offenbare ich in den Sozialen Medien. Gespeichert für die Unendlichkeit können daraus Stolperfallen in der Zukunft werden. Was heute noch po-

litisch korrekt ist, ist es morgen vielleicht schon nicht mehr.

Daten verraten uns, Algorithmen manipulieren uns, zusammengenommen zerstören sie unsere Privatsphäre und am Ende unsere Freiheit. Waren die Sozialen Medien in einigen Ländern vor Jahren noch Mittel zur Organisation von Protest, so sind sie heute längst Werkzeuge der Unterdrückung und der Manipulation.

Unterdrückung kann dabei mehr oder minder subtil erfolgen. Die Spannbreite ist groß. In dem einem Land werden Blogger auf offener Straße mit einer Machete erschlagen, in einem anderen bedrängt, ihre Handys - zwecks einfacher Lokalisierung - immer dabeizuhaben, in wieder anderen unterwerfen sie sich der Selbstzensur in vorauseilendem Gehorsam, und sei es nur um nicht den sozialen Kältetod zu sterben, zumal man ja eh' „nichts zu verbergen“ hat.

Für aufmerksame Mediennutzer sind diese Entwicklungen nicht (ganz) neu, wenn auch in ihrer Gesamtschau sicher brutal. Aber es ist das besondere Verdienst von Bruce Schneier, dass er aus unserem Alltag heraus beschreibt, wie wir unsere Privatsphäre auf dem Altar der Bequemlichkeit opfern und wie hier Wirtschafts- und durchaus auch Staatsinteressen unserer Freiheit entgegenwirken. Schneier belässt es nicht beim Erschrecken, sondern zeigt auch Wege auf, wie Spielregeln für die Netzwirtschaft, klare Gesetzesrahmen für die Staaten (die alle längst vorliegen, man denke nur an das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung, wie es z.B. das Bundesverfassungsgericht bereits vor Jahren artikuliert hat, oder die US- amerikanische Verfassung, oder die Charta der „Fundamentalen Rechte der Europäischen Union, oder ...) und das eigene Verhalten genutzt werden können,

um die eigene Privatsphäre und damit Freiheit zu schützen.

Besonders nachdenkenswert sind seine Überlegungen darüber wie wir soziale Normen finden müssen, die uns bei der Entscheidungsfindung zwischen Freiheit und Risiko den Weg weisen. „Eine Gesellschaft die Risiken, sei es bei Kriminalität oder Terrorismus oder anderswo, grundsätzlich verweigert, ist per Definition ein Polizeistaat. Und ein Polizeistaat bringt seine eigenen Risiken mit sich.“ (Zitat nach S.229 der englischen Ausgabe; eigene Übersetzung). Anders ausgedrückt: Freiheit und vollkommene Sicherheit schließen einander aus. Und: Vollkommene Sicherheit endet in vollkommener Willkürherrschaft. Wir müssen uns entscheiden wo wir stehen. Es hilft alles nichts. Wir müssen uns unsere Privatsphäre zurückerkämpfen. Stück für Stück. Ganz am Rande wird dabei auch klar, warum Bargeld „geronnene Freiheit“ ist – eine Freiheit, die wir uns nicht nehmen lassen dürfen.

Meine Empfehlung: Dieses Buch ist absolut empfehlenswert. Eine gute Vertiefung dazu ist Dave Eggers Reality-Roman „The Circle“. Die einzige Schwäche die es hat, ist dass es stark aus der Perspektive der USA geschrieben ist, jedenfalls was die staatlichen Überwachungsmechanismen angeht. Dabei wäre es gerade interessant zu verstehen, wie große Diktaturen weltweit im Feld der Überwachung aktiv sind. Aber es gehört eben zu Diktaturen, dass sie dies nicht preisgeben.

PS.: Im Kontext dieses Buches empfiehlt sich der Aufsatz von „I've Got Nothing to Hide“ and Other Misunderstandings of Privacy“ Professor Daniel Solove ganz besonders. Er ist kostenlos im Internet erhältlich.

■ Für Gott und den Profit

Rezension von Karl Farmer

Samuel Gregg, *Für Gott und den Profit. Eine Ethik des Finanzwesens: Christlich – Marktliberal.* Freiburg i. B.: Verlag Herder 2017 (264 Seiten). Übersetzt ins Deutsche von Nikolaus de Palèzieux und herausgegeben vom Austri-

an Institute of Economics and Social Philosophy von Samuel Gregg, *For God and Profit: How Banking and Finance can serve the Common Good.* New York: Crossroad / Herder &

Herder 2016. Mit einem Vorwort von Martin Rhonheimer

Banker und das Finanzwesen allgemein haben seit der globalen Finanzkrise 2007/2008

■ Fortsetzung: Für Gott und den Profit

Rezension von Karl Farmer

einen extrem schlechten Ruf. Sie rangieren in der gesellschaftlichen Beliebtheitskala noch unter den Politikern, und das will etwas heißen! Aber der schlechte Ruf der Financiers und der Geldhäuser geht bis ins Altertum zurück und scheint auch eine biblische Grundlage zu haben, wenn man an das alttestamentliche Zinsverbot für Kredite unter Israeliten und die neutestamentlichen Warnungen vor der Verehrung des Mammons und vor Habgier als Wurzel allen Übels denkt. Und diese Warnungen sind nur allzu berechtigt! Denn das Streben nach finanziellem Reichtum und seiner Vermehrung drängt meist Gott, den eigentlichen Geber aller Gaben, aus dem Bewusstsein des Menschen und führt so zum Götzendienst statt zum Gottesdienst. Aber ob daraus auch folgt, dass das moderne Finanzwesen, wie es sich aus dem Mittelalter in Norditalien und in Holland entwickelt hat, aus biblisch-christlicher Sicht rundweg abzulehnen beziehungsweise seine oft unrühmlichen Ergebnisse als unmoralisch oder unethisch zu verurteilen sind, ist damit noch nicht gesagt. Demgegenüber argumentiert Dr. Samuel Gregg, der englischsprachige Autor von „Für Gott und den Profit“, dass es gerade gläubige florentinische Bankiers und flandrische Kaufleute im 13. und 14. Jahrhundert waren, die „Für Gott und den Profit“ als Wahlspruch in Kontobüchern bzw. als Leitspruch am Beginn von Kaufverträgen benutzten. Sam Gregg erzählt im ersten Teil („Geschichte“) seines 227 Seiten umfassenden Buchs die in der Tat faszinierende Geschichte, wie sich im christlichen Abendland bei Theologen, Philosophen und Finanzwirten allmählich das Verständnis von der produktiven und wohlstandsschaffenden Funktion des Geldes entwickelte, also die Einsicht, wie Geld zu Realkapital wird. Damit begann sich bereits im vorreformatorischen christlichen Denken eine Versöhnung des vorchristlich-antiken Misstrauens gegenüber Geldverleih, Spekulation und Handel mit dem biblischen Gebot des Schutzes und der Fürsorge für die Armen und Schwachen anzubahnen. Mit diesem sehr gut recherchierten und anhand einer Fülle von Originalquellen dokumentierten Buch verfolgt Gregg ein doppeltes Ziel: Dem Leser oder der Leserin werden finanzwirtschaftliche Zusammenhänge möglichst vorurteilsarm nahegebracht und die Relevanz biblisch-christlicher Ethik und Moral für Akteure im Finanzwesen wird nachvollziehbar argumentiert.

Neben dem schon erwähnten Teil I: umfasst das Buch noch Teil II: Theorie und Teil III: Praxis. Es ist darüber hinaus noch in acht Kapitel gegliedert. Während Teil I und Teil III jeweils zwischen 70

und 80 Seiten umfassen, ist der Theorieteil mit ca. 20 Seiten und einem einzigen Kapitel kurz. Dennoch enthält gerade der Theorieteil, in dem es um „Freiheit, menschliches Glück und Gerechtigkeit“ geht, einige ganz zentrale konzeptionelle Überlegungen zu sozialer Gerechtigkeit, zum Gemeinwohl und über den instrumentellen Charakter materieller Güter (inklusive Geld) zur Erlangung der fundamentalen Güter wie „Leben, Gesundheit, Freundschaft, Wissen, Rechtschaffenheit, Schönheit und Arbeit“ (S. 120). Der Umgang mit den Gütern zielt darauf ab, Gutes zu tun, das Böse zu meiden und das menschliche Wohlergehen (Glück) zu fördern. Dieses nimmt zu, wenn der einzelne Mensch sich in Freiheit für die fundamentalen Güter entscheidet. Da der Mensch ein soziales Wesen ist, können die fundamentalen Güter nicht isoliert, sondern nur im Zusammenwirken mit den Mitmenschen erreicht werden. Neben das Wohl des Einzelnen tritt daher das Gemeinwohl, das nach der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des 2. Vatikanischen Konzils „die Summe aller jenen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens“ umfasst, „die den Einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommnung angemessener und ungehinderter zu erreichen gestatten.“ (S. 122) Bemerkenswert an dieser Gemeinwohlkonzeption des Konzils ist – wie Dr. Gregg betont – erstens die Betonung der je eigenen Vervollkommnung und zweitens die Verpflichtung „allen Menschen und Gemeinschaften dabei behilflich zu sein, ihr Wohlergehen zu erlangen.“ (ebenda) Gemeinwohl bedeutet hier nicht von außen erzwungene Wohltätigkeit des Einzelnen und sozialer Gruppen zur Erreichung von Zielen, die eine übergeordnete Instanz vorgibt. Nach dieser Begriffsklärung stellt sich die Frage, wann instrumentale Güter wie Geld das Gemeinwohl fördern. Die christliche Tradition hat nach Gregg darauf mit dem Prinzip der „universellen Bestimmung der Güter“ geantwortet. Dieses Prinzip bedeutet, dass „Gott die Welt mit allem, was sie enthält, geschaffen hat, damit sie von allen und im Interesse aller genutzt wird.“ (S. 125) Die Nutzung von allen und im Interesse aller bedeutet aber nicht Gemeineigentum oder Gleichverteilung der Güter, sondern Privateigentum, weil nach Thomas von Aquin Privateigentümer sich besser um ihr Eigentum kümmern als Gemeineigentümer, und die Privatisierung der Güter dem zwischenmenschlichen Frieden eher dient als das Gemeineigentum. Aus dem Prinzip der universellen Bestimmung der Güter folgt aber die Verpflichtung der Privateigentümer sich um arme und sozial schwache Mitmenschen zu

kümmern. Dies kann direkt geschehen in dem jemand Geld und Zeit einem bedürftigen Mitmenschen zur Verfügung stellt oder indirekt, in dem jemand sein Geld produktiv investiert. An dieser Stelle tritt nun die gemeinwohlfördernde Rolle des Geldes und des modernen Finanzwesens zu Tage. Geld und Kredit ermöglichen in einer hoch arbeitsteiligen Weltwirtschaft, produktive Investitionen zu finanzieren. Die Finanzwirtschaft hilft das nationale Risiko von Investitionen durch internationale Diversifikation zu reduzieren, Spekulation auf Finanzmärkten ohne Preisblasen fördert die Finanzmarktstabilität, und Finanzmärkte bringen Sparen und Investieren tendenziell zum Ausgleich. Gregg nimmt aber auch die dunklen Seiten der Finanzwirtschaft in den Blick, wenn er auf Fehlfunktionen der Finanzmärkte zu sprechen kommt, für die in der Öffentlichkeit seit der globalen Finanzkrise 2007/2008 besondere Sensibilität besteht. Ohne systemische Verflechtungen und Herdenverhalten auf Finanzmärkten zu negieren, führt Dr. Gregg die Fehlfunktionen auf die persönlichen moralischen Verfehlungen einzelner Finanzmarktakteure oder einzelner Personen in Finanzunternehmen zurück. „Nur Menschen sind moralische Akteure.“ (S. 132) Deshalb „besagt die wahre christliche Ethik, dass letztlich die Menschen deshalb böse werden, weil sie sich aus freien Stücken dazu entscheiden, Böses zu tun.“ (S. 133)

Im letzten Abschnitt des Theorieteils „Gerechtigkeit richtig verstehen“ unterscheidet Gregg die ausgleichende, verteilende und die allgemeine (soziale) Gerechtigkeit. Die ausgleichende Gerechtigkeit verlangt, dass man „Eigentumsrechte wahrt, Schulden zurückzahlt und sich an freiwillig eingegangene Verpflichtungen hält.“ (S. 134) Die verteilende Gerechtigkeit regelt, „was die Gemeinschaft den Bürgern im Verhältnis zu deren Beiträgen und Bedürfnissen schuldet.“ (S. 135) Das heißt, „wer härter arbeitet, mehr Risiken auf sich nimmt oder mehr Verantwortung trägt, auch ein höheres Einkommen oder Gehalt verdient als jemand, der dazu nicht bereit ist.“ (ebenda) Nach Thomas von Aquin ist die allgemeine (soziale) Gerechtigkeit „jene menschliche Tugend, die in der generellen Bereitschaft besteht, das Gemeinwohl der Gemeinschaft, der man angehört, zu befördern.“ (S. 136)

Dr. Gregg schließt den Abschnitt mit der Bemerkung, dass die „Beachtung sämtlicher Gerechtigkeitsaspekte bedeutet, dass Christen und andere in der Finanzwirtschaft Tätige „... das Gemeinwohl auf eine Weise im Blick haben müssen, die

■ Fortsetzung: Für Gott und den Profit

Rezension von Karl Farmer

über das hinausgeht, was unmittelbar in einem Vertrag festgesetzt ist.“ (S.137)

Der Teil I „Geschichte“ beginnt mit einem Überblick über die lange Geschichte christlicher Auseinandersetzung mit Handel und Geldverleih und hier vor allem mit dem Wucher, der wie der Titel des 2. Kapitels ankündigt „[v]erabscheuungswürdig vor Gott und den Menschen“ ist. Dr. Gregg richtet ein besonderes Augenmerk darauf, „wie Christen das Thema des Wuchers behandelt haben und dabei dazu verhalfen, dass das private Finanzwesen zu einem Triebwerk des wirtschaftlichen Wachstums und der Armutsverminderung wurde.“ (S. 30-31) Dabei war die christliche Abscheu vor dem Geldverleih eher auf die griechisch-römischen Philosophen als auf die biblisch-christlichen Warnungen vor Habgier und Geldliebe zurück zu führen. Im ersten Jahrtausend nach Christi Geburt war es überdies die wirtschaftlich prekäre Situation des untergehenden römischen Reiches und die wirtschaftliche Stagnation danach, welche in diesem wirtschaftlichen Umfeld die scharfe kirchliche Verurteilung des Zinsnehmens von Armen durch reiche Geldverleiher verständlich macht. In diesen primär von der Landwirtschaft lebenden Gesellschaften wurde Geld – wie in biblischen Zeiten – hauptsächlich für Konsumzwecke geliehen – um z.B. Ernteausfälle zu überleben. „Dadurch häuften sich die Gelegenheiten der Ausbeutung durch Geldverleiher, die Vorteile aus der großen Not ziehen wollten. Die Menschen gerieten dadurch in den Teufelskreis immer höherer Zinszahlungen.“ (S. 56) Genau das wollte die vormittelalterliche Kirche mit der moralischen Verurteilung von Wucher und der Ablehnung des Zinsnehmens verhindern.

Dennoch gewannen zu Beginn des zweiten Jahrtausends nach Christus Fragen des Geldverleihs und des Finanzwesens immer mehr Aufmerksamkeit von westlichen Theologen, Philosophen und Juristen, nicht zuletzt ein Reflex des Entstehens der ersten kapitalistischen Wirtschaftsformen in Norditalien und in Westeuropa. „Die Revolution des Finanzwesens: Das Christentum und der Aufstieg des Kapitals“ beschreibt Dr. Gregg daher folgerichtig im dritten Kapitel des vorliegenden Buchs. Da erfährt man gleich zu Beginn, dass es Mitglieder des asketischen Franziskanerordens wie Petrus Olivi (1248-1298) und später Bernhardin von Siena (1380-1444) waren, die neben der strengen Verurteilung von Wucher erklärten, „warum es legitim ist, für Kredite Zinsen zu verlangen: weil sie auf die Möglichkeit

verzichteten, ihr Geld anderweitig anzulegen. Unter solchen Umständen hat der Geldgeber das Recht, für entgangene Gewinne entschädigt zu werden.“ (S.59-60) Oder wie Bernhardin lehrte: „Geld hat nicht nur den Charakter von Geld, es hat darüber hinaus einen produktiven Charakter, den wir gewöhnlich Kapital nennen.“ (S. 59) Das, was die Franziskaner lehrten, setzten sie auch in die Tat um: sie gründeten Kreditinstitute (montes pietatis), die Geld an Leute verliehen, die von den gewerblichen Geldverleihern keinen Kredit bekamen. Der Monte die Paschi di Siena wurde 1472 gegründet und hat als Italiens drittgrößte Bank inzwischen einen etwas beschädigten Ruf erlangt.

Die subtile Unterscheidung zwischen Wucher und legitimem Zins der mittelalterlichen Theologen (Scholastiker) brachte ökonomische Einsichten hervor, die nach Schumpeter grundlegend für die analytische Arbeit der ökonomischen Klassik (Smith, Ricardo usw.) war. Im Unterschied zu ihren Nachfolgern waren die Scholastiker auf der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklungen ihrer Zeit, die wachsenden innersuropäischen Handel, die Ausbreitung von städtischem Geschäftsleben und von kommerzieller Mentalität umfassten. Dabei entwickelten sich Geschäftstechniken wie die einfache und doppelte Buchführung, grundlegende Methoden der Finanzmathematik sowie risikoreduzierende Instrumente der Handelsfinanzierung. Darüber hinaus kam es zu einer deutlichen „Vermehrung des verfügbaren Kapitals in Form von Eigenkapital und Schuldtiteln; dazu kamen der Handel mit Geld und Kredit und die Nachfrage nach Geschäftskrediten.“ (S. 63) Es entstand eine Art von Bankwesen mit Einlagen, Geldwechsel und Wertpapiergeschäften, das unter anderen auch von Klöstern und militärisch-religiösen Orden wie den Johannitern (Maltesern) betrieben wurde. Um die internationalen Kreditbeziehungen zu standardisieren, gründeten italienische Bankiersfamilien Transferbanken in den wichtigsten Handelszentren Europas. Diese zahlten nicht nur Zinsen auf die Einlagen der Kunden, sondern benutzten diese um verzinsliche Kredite in jene Teile Europas zu bringen, wo es an Kapital mangelte. Gregg zitiert Schumpeter, der in der Geschichte der ökonomischen Analyse (1965, S. 121) schreibt: „Gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts war die Mehrzahl der Phänomene, die wir gewohnheitsmäßig mit dem unklaren Wort ‚Kapitalismus‘ verbinden, bereits vorhanden, wozu Großunternehmen, Börsen- und Warenspekulation sowie die ‚Hochfinanz‘ gehörten, und die Menschen reagierten

auf all dies fast genauso wie wir.“ (S. 68) Als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung gab es immer mehr Menschen, „die nicht mehr um das Überleben kämpfen mussten, sondern über Zeit und Ressourcen verfügten, um sich in der Welt der Ideen zu engagieren. So war es kein Zufall, dass im Mittelalter die ersten Universitäten der Welt in Städten von Bologna bis Oxford, Salerno, Paris, Prag und St. Andrews von der Kirche gegründet und aufgebaut wurden. ... Die Kirche war die bedeutendste institutionelle und kulturelle Kraft Europas, die nicht nur moralische Autorität [besaß], sondern [war] auch die große Finanzmacht des Zeitalters.“ (S. 69) Als Moralinstanz verurteilten die mittelalterlichen kirchlichen Theologen von Thomas von Aquin bis Johannes Eck den Wucher bei Konsumkrediten, als Finanzmacht waren ihre Theologen bemüht, moralisch berechtigte Gründe für Zinsnehmen zu entwickeln. Ein Vehikel dafür war der *contractus trinus*, ein Gesamtpaket von Gesellschafts-, Versicherungs-, und Kaufvertrag. Eck, einer der wirkmächtigsten Gegenspieler Martin Luthers, verteidigte das Zinsnehmen beim *contractus trinus* als moralisch gerechtfertigt. Darauf aufbauend unterzog der flämische Jesuitenpater Leonhardus Lessius (1554-1623) diesen Vertrag einer Nutzen-Kosten-Analyse und bestätigte die moralische Berechtigung des involvierten Zinsnehmens. „Indem er Bankiers und Investoren beim Risikomanagement half, spielte der *contractus trinus* bei der Entstehung wichtiger Finanzplätze wie Lyon, Antwerpen und Amsterdam eine wichtige Rolle. Diese ermöglichten eine größere Verfügbarkeit von Krediten für Geschäfte, die nationale Grenzen überschritten, wie auch den Verleih von Krediten an Regierungen, die pleite waren.“ (S. 84) „Die Reformation hatte als solche kaum Auswirkungen auf die von Christen geführte Auseinandersetzung mit dem neuzeitlichen Finanzwesen. Bekannte anglikanische und puritanische (calvinistische) Theologen ... dachten nicht wesentlich anders über die Themen Geld, Zins, Tausch und gerechter Preis als die katholischen.“ (S. 86) Verbleibende Meinungsunterschiede verliefen nach Gregg nicht entlang der Konfessionsgrenzen. Und schließlich: Mitte des 18. Jahrhunderts herrschte aus dem Zusammenspiel von wirtschaftlicher Entwicklung und theologisch-philosophischer Diskussion unter den europäischen Christen Einigkeit darüber, dass Geber von Geschäftskrediten berechtigt sind, Zinsen zu verlangen, und dieses Zinsnehmen nicht unter den nach wie vor verbotenen Wucher fällt. Während im 3. Kapitel private Finanzen im Mittelpunkt stehen, behan-

■ Fortsetzung: Für Gott und den Profit

Rezension von Karl Farmer

delt Gregg im 4. Kapitel „Des Kaisers Münze“ die christlichen Positionen im Mittelalter und in der Neuzeit zur obrigkeitlichen Finanz- und Währungspolitik. Ausgehend von Jesu Aufforderung: So gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört! haben nach Gregg die mittelalterlichen Theologen von den weltlichen Obrigkeiten die Aufrechterhaltung des physischen Wertes und der Kaufkraft des Warengeldes gefordert, denn beides war ständig in Gefahr. „Münzentwertung ermöglichten es ... den Herrschern, das Wirtschaftsleben mit Ungerechtigkeiten zu durchsetzen – Ungerechtigkeiten, die von den meisten Untertanen nicht sogleich bemerkt würden.“ (S. 99) Der Spätscholastiker Juan de Mariana charakterisierte die Währungsmanipulationen der Herrscher als einen „Trank, der der Kranken zur Unzeit gereicht wird“. Er führt für den ‚Augenblick, solange seine positive Wirkung anhält, eine Verwandlung der Lage‘ herbei, ‚erhärtert aber auf längere Sicht die Ursachen der Krankheit‘ und ‚erhöht die Glut des Fiebers‘.“ (S. 99) „Die Geldentwertung bewirke inflationäre Preisanstiege und unterminiere so allmählich die Produktivität des Geschäftslebens, da mehr Menschen ihre Aufmerksamkeit statt auf Investitionen in der Realwirtschaft auf verfehlte Arten finanzieller Spekulation richteten.“ (S. 100) Die mittelalterliche und frühneuzeitliche theologische Kritik an der obrigkeitlichen Geldentwertung prangerte nicht nur Diebstahl und Betrug weltlicher Herrscher an, sondern beschäftigte sich auch mit den Grenzen obrigkeitlicher Macht, mit der Legitimität souveräner Herrschaft und dem Gemeinwohlcharakter von Geld. Die Kritik der spätmittelalterlichen Theologen richtete sich darüber hinaus auf die Privilegien und Monopolstellungen, die private Bankiers für die Finanzierung obrigkeitlicher Schulden erhielten. Katholische wie reformierte Theologen wideretzten sich deutlich dem Trend zu obrigkeitlich überwachter privater Geschäftstätigkeit und privat-obrkeitlichen Kartellen im Finanzbereich.

Im Teil III: Praxis werden die im Teil II entwickelten Prinzipien und die Einsichten aus dem historischen Teil verwendet, „auf einige der wichtigsten Herausforderungen, mit denen heute private und öffentliche Finanzinstitute konfrontiert sind, Antworten aus christlicher Sicht zu geben.“ (S. 31) Das erste Kapitel im Praxisteil III ist mit „6. Kapital verstehen, Kapital zivilisieren“ überschrieben. Und in diesem Kapitel packt der Autor gleich zu Beginn den Stier bei den Hörnern: er setzt sich ausführlich mit den

aus heutiger Sicht schlimmsten wirtschaftlichen Übel unserer Zeit auseinander: mit Spekulanten und Spekulation. Gregg weist darauf hin, dass die oft vernichtende Kritik an der Spekulation so alt ist wie es Märkte gibt, dass jede wirtschaftliche Entscheidung wegen der fundamentalen Zukunftsunsicherheit ein spekulatives Element enthält, und dass es gerechte und ungerechte Spekulation gibt. Letztere beruht auf Betrug und unwahren Gerüchten. Darüber hinaus kann Herdenverhalten der Spekulanten die Spekulation ungerecht machen. Oft wird auch von christlicher Seite die Spekulation auf Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten als unmoralisch angeprangert. Gregg kontert zu Recht, dass von seltenen Einzelfällen abgesehen empirische Studien keinen Einfluss der Spekulation auf die Entwicklung dieser Preise finden. „Grundsätzlich sollten Christen auch bedenken, wie die Spekulation zur besseren Nutzung ökonomischer Ressourcen für jedermann beitragen kann. Spekulation – ob auf Währungen, Nahrungsmittel, Güter oder sonst etwas – kann zur relativen Stabilität des Wirtschaftslebens beitragen, indem sie Angebot und Nachfrage bei vielen Gütern mittel- und langfristig aufeinander abstimmt.“ (S. 151) Oft wird den Spekulanten etwas in die Schuhe geschoben, für das sie gar nichts können: etwa wenn durch eine ultralockere Geldpolitik die Kurse auf den Vermögensmärkten befeuert werden. Besonders anrühlich erscheint vielen Zeitgenossen die Währungsspekulation, obwohl spätmittelalterliche und frühneuzeitliche Theologen darin nicht Unrechtes erkennen konnten. „Währungsspekulation, die ohne Manipulation, Diebstahl oder Betrug abläuft, ist somit ein legitimes Geschäft, das für das wirtschaftliche Leben oftmals einen Wertzuwachs bedeutet und wie Öl im Getriebe seine Funktionstüchtigkeit über internationale Grenzen hinweg verbessert.“ (S. 154) Aber was ist mit dem Libor-Skandal 2012? „Doch auch hier war das Problem nicht die Spekulation an sich oder gar der Libor. Das Unrecht lag ganz einfach im Verbreiten von Lügen mit der Absicht, andere zu täuschen, Profite zu machen und sich der Verantwortung zu entziehen; in einigen Fällen kam es auch zu Bestechung.“ (S. 156) Neben den verschiedenen Arten von Spekulation wird der heutigen Finanzwirtschaft oft ihre Kurzfristorientierung und die Abkoppelung von der Realwirtschaft vorgeworfen. Aber auch diese Vorwürfe gelingt es Dr. Gregg behutsam und umsichtig mit dem Hinweis auf die enorme Liquidität auf den Finanzmärkten, die auch der Realwirtschaft zu Gute kommt, zu entkräften. Die Kurse verschiedener Wertpapiere, die

sich auf Finanzmärkten bilden, sind das Resultat der unterschiedlichen Einschätzungen von Verkäufern und Käufern über die unbekannt zukünftigen Kurse. Damit stellen die Kurse in kodierter Form Wissen zur Verfügung, das ohne die Märkte nicht vorhanden wäre. „Veränderungen der Marktpreise [Kurse] reflektieren in der Regel das aggregierte Wissen darüber, was nach Einschätzung der Marktakteure mit Tausenden von Vermögenswerten und Firmen geschieht und was voraussichtlich mit diesen Investitionen und Geschäften in der Zukunft geschehen wird.“ (S. 161) Und was ist mit den hypothekenbesicherten Wertpapieren, die auf dem Weg zur globalen Finanzkrise von der US-Finanzindustrie geschaffen wurden, ohne das die Händler dieser Papiere wussten, welches Risiko darin gebündelt war? „Wieder liegt nicht beim Finanzinstrument die Schuld. Schuldig sind vielmehr die Menschen, die solche Produkte in die Welt setzten, sie nicht vollständig verstehen und sie an Menschen verkaufen, ohne zuzugeben, dass sie selbst das Produkt nicht verstehen.“ (S. 164) Ja, und dann die exorbitanten Boni der Finanzmanager und Börsenhändler, auch dann, nachdem die Aktienkurse auf die Hälfte ihres Vorkrisenwertes gefallen sind. Auch hier wieder gelingt es Dr. Gregg überzeugend zu argumentieren, warum vorschnelle Verurteilungen nicht sachgemäß sind. Finanzakteure haben ein wesentlich höheres Jobrisiko als Beschäftigte anderer Branchen, ihre Geschäfte enthalten immer ein hohes Risiko, das einen höheren Gewinn rechtfertigt, die Finanzmarktakteure bepreisen Risiko. „Das ermöglicht Investoren, besser entscheiden zu können, wie viel sie investieren sollen, und hilft denen, die auf der Suche nach Kapital sind, weniger Risiko einzugehen; sie sind besser informiert, wenn sie entscheiden, wie viel Geld sie aufnehmen und für wie lange.“ (S. 168) Diese volkswirtschaftlich produktive Funktion rechtfertigt aber nicht jedes Besoldungsarrangement, wie Gregg zu Recht anmerkt. Statt staatlich verordnete Besoldungsobergrenzen plädiert der Autor dafür, „Händler auf Spitzenniveau und Direktoren der Finanzfirmen durch persönliche Haftung einzubinden.“ (S. 169) Dieses informative Kapitel abschließend geht Gregg noch kurz auf die staatliche Regulierung der Finanzwirtschaft ein, und merkt an, dass diese seit 2010 deutlich verschärft wurde, obwohl in den USA der Kollaps des Hypothekenmarktes durch Politiker mitverursacht wurde, „die Gesetze schufen, mit denen Banken zur Vergabe von Subprime Hypothekenkrediten, also Krediten an Kunden mit schlechter Bonität gedrängt wurden.“ (S. 171) Auch

■ Fortsetzung: Für Gott und den Profit

Rezension von Karl Farmer

ist auf die Verantwortung von Zentralbanken hinzuweisen, „die zu lange die Zinsen zu niedrig gehalten hatten; auf die Ratingagenturen, die vielen Wertpapieren die besten Ratings gegeben hatten, obwohl sich später herausstellte, dass sie auf hypothekebasierten Derivaten beruhten; auf Regulierungsbehörden, die gefährlich hohe Grade an Fremdkapitalaufnahme im System nicht erkannten; auf ganz gewöhnliche Bürger, die glücklich waren, Kredite aufzunehmen, obwohl sie sich diese nicht leisten konnten.“ (S. 171-172)

Im Kapitel 7 des Praxisteils III geht es um „Gemeinwohl, Staat und öffentliche Finanzen“. Der Verfasser stellt zu Beginn klar, dass es nicht die christliche Lehre über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft gibt, auch nicht für den Finanzsektor. Aber naheliegender Weise haben nach der globalen Finanzkrise 2007/2008 jene Stimmen, auch unter Christen, zugenommen, welche den ohnehin schon stark staatlich regulierten Bankensektor wieder mehr regulieren wollen bis hin zum Vorschlag einer Weltzentralbank. Ein Grund für diese Ansicht ist das sogenannte moral hazard, was im Allgemeinen bedeutet, dass ein Auftragnehmer nicht im Interesse des Auftraggebers, sondern in seinem eigenen Interesse handelt. Auf den Finanzsektor angewandt heißt das, dass die Akteure hoch riskante, aber auch hoch profitable Geschäfte eingehen in der Erwartung, wenn das Risiko schlagend wird, vom Staat bzw. letztlich vom Steuerzahler finanziell entschädigt zu werden. Dr. Gregg weist zu Recht darauf hin, dass der weit verbreitete Anreiz zum moralischen Hasardieren an sich noch keinen staatlichen Eingriff rechtfertigt, und gerade staatsnahe Finanzmarktteure, wie die US Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddy Mac aufgrund staatlicher Ausfallhaftungen besonders aggressiv moralisch hasardierten. Aber es ist auch wahr, dass in einer schweren Finanzkrise wie nach dem Fall von Lehman Brothers im September 2008 in finanzielle Schwierigkeiten geratene Bankmanager in betrügerischer Weise versuchten, die staatliche Aufsicht über die wahren finanziellen Probleme ihrer Bank im Unklaren zu lassen, um Unterstützungsgelder zu erhalten, wie das Beispiel der Geschäftsführer der Anglo Irish Bank zeigt. (S. 178-179) „Es gibt noch weitere Hinweise, dass Signale der Bereitschaft zum Bail-out die finanzielle Verantwortung schwächen und Finanzfirmen zu einem unbesonnen Eingehen von Risiken ermutigen.“ (S. 179) Wie eine nachträgliche Studie ergab, hat die bundesstaatliche Rettung von Bear Stearns im Frühjahr 2008 die Marktdisziplin wegen der

Erwartung weiterer Bail-outs geschwächt und das Fallenlassen von Lehman Brothers Verwirrung erzeugt. Prinzipienorientiertes Vorgehen der staatlichen Instanzen wäre wohl besser gewesen. Zwar ist man im nach hinein immer klüger, und ex ante ist die Unterscheidung, ob eine Bank nur illiquid oder auch insolvent bzw. ob sie systemrelevant ist oder nicht leicht zu bewerkstelligen. Aber mit christlicher Gerechtigkeit unvereinbar ist, dass die gute Verbindung von betroffenen Bankmanagern zu entscheidungsbefugten Politikern darüber entscheidet. Auch ist es grundsätzlich falsch, „wenn man den Beschäftigten in der Finanzwirtschaft erlaubt, in guten Zeiten Kapitalisten, in schlechten dagegen Sozialisten zu sein.“ (S.180-181)

Dr. Gregg betont im Abschnitt „Regulierungen und deren Grenzen“, dass es keine grundsätzlichen christlichen Einwände gegen staatliche Regulierungen gibt. „Christen scheinen [jedoch] oft der Tatsache keine Aufmerksamkeit zu schenken, dass manche Regulierungsformen geradezu dazu einladen, exzessive Risiken einzugehen und sich leichtsinnig zu verhalten.“ (S. 183) Beispielsweise die Basel II-Vorschriften, wieviel Eigenkapital im Verhältnis zu den riskanten Bankanlagen zu halten ist, was zur Entwicklung des riskanteren Schattenbankensystems beigetragen hat (Regulierungsarbitrage) sowie die Einstufung von staatlichen Anleihen als wenig riskant, was die Verflechtung von Staats- und Bankschulden befördert hat. „Das sollte Christen dazu bringen, zunächst einmal grundsätzlich nachzudenken, bevor sie sozusagen automatisch die Meinung äußern, die Wurzel der Probleme unseres Finanzsystems sei der Mangel an Regulierung.“ (S. 186) Andererseits machten die katholischen Bischöfe von England und Wales 2009 auch klar, dass die schwindende Gottverbundenheit und der damit verbundene Mangel der Kardinaltugenden Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß den Druck zu stärkerer Regulierung erhöhe. Die Botschaft der Bischöfe, die Christen nach Dr. Gregg aufmerksam zur Kenntnis nehmen sollten, besteht darin, „dass keine noch so umfassende Regulierung der Finanzbranche Banker, Regulierer, Finanzberater und Kunden der Notwendigkeit enthebt, den Tugenden gemäß zu leben.“ (S. 189)

Dieses Zitat leitet gut über zum letzten Kapitel des Praxisteils III, das mit „8. Finanzwirtschaft als vocatio, Finanzwirtschaft als magnificentia“ überschrieben ist.^[1] Wie die Kapitelüberschrift andeutet, geht es in diesem Kapitel um die „Berufung derjenigen, die in der Finanzwirtschaft

arbeiten, jener Wirklichkeit Gestalt zu verleihen, die man als ‚Gutsein des Geldes‘ nennen könnte.“ (S. 205) „Insofern also das Finanzwesen zu dem beiträgt, was wir ‚kapitalschaffendes Geld-Engineering‘, also eine Technik der Verwandlung von Geld in Kapital nennen könnten, besitzt es ein immenses Potential, das Gemeinwohl und somit das Wohl des Menschen zu fördern.“ (S.205-206) „Eine Welt, die vom Geld besessen ist, ist eine sehr unglückliche Welt. Aber eine Welt ohne Geld wäre nicht glücklicher, zumindest für die meisten Menschen.“ (S. 206) Das Finanzwesen trägt zur Verwirklichung des Prinzips der universellen Bestimmung der Güter dadurch bei, dass es intertemporal vernünftige wirtschaftliche Entscheidungen der Individuen und Unternehmen ermöglicht, Risiken bewertet und Wertschöpfung erfolgt, wenn Geld zu Realkapital wird. Der oft kritisierte Papst Pius XII. hat diese gemeinwohlfördernden Funktionen des Finanzwesens in einer Ansprache 1950 an italienische Bankiers betont, wenn er sagt: „Sie [können] viel beitragen durch das Bemühen, die einfachen Kontoinhabern zu Mitarbeitern zu machen, und zwar als Inhaber von Obligationen oder Aktionäre von Unternehmen, deren Aufschwung und Gedeihen von großem Vorteil für die Allgemeinheit wäre...“ (S. 213)

Nach „Kredit, die Armen und die Nächstenliebe“ behandelt Dr. Gregg im Abschnitt „Staatsverschuldung und Entwicklungsländer“ umsichtig die Fragen, ob verantwortungsbewusste Finanziere die Zinsen oder gar die Schulden von in Not geratenen Entwicklungsländern erlassen sollen. Der Autor legt überzeugend dar, dass nur in Ausnahmefällen ein Zins- und Schuldenerlass aus christlicher Sicht zu befürworten ist. Daher könnte die Berufung für Christen im Finanzwesen gerade darin bestehen, „Finanzinstrumente gerade für jene Umfeldler [in den Entwicklungsländern] zu entwickeln, in denen ein institutioneller Rahmen für Wachstum noch nicht existiert oder sehr schwach ausgeprägt ist. So können sie Menschen dabei helfen, zumindest der absoluten Armut zu entkommen.“ (S. 221) Im letzten Abschnitt des 8. Kapitels „Gier, Tugend und Leben in Christus“ bezweifelt Dr. Gregg zu Recht, dass Gier das Hauptproblem der Finanzwirtschaft ist. Aus christlicher Sicht ginge es vielmehr darum die Tugenden der Klugheit und der Großzügigkeit (magnificentia) zu fördern. Großzügigkeit bezieht sich nach Thomas von Aquin auf das „Hervorbringen großer Werke“, und zwar „erstens mit Blick auf ein Gut, das über den unmittelbaren Gewinn hinausgeht, und zweitens mit

■ Fortsetzung: Für Gott und den Profit

Rezension von Karl Farmer

Blick auf etwas, das nicht ‚ohne Kosten und Aufwendungen‘ großer Summen Geldes verwirklicht werden kann.“ (S. 225) Darüber hinaus betrifft Großzügigkeit nach Thomas auch die „Aufwendungen in ihrem Bezug zur Hoffnung, denn sie geht auf etwas mühsam zu Erringendes, aber nicht schlechthin wie der Großmut, sondern in einem bestimmten Bereich, nämlich dem der Aufwendungen.“ (ebenda) So stellt sich am Ende die Frage, wie Christen im Finanzwesen Klugheit und Großzügigkeit tagtäglich leben können. Die Antwort kann nur sein: durch die innere und lebendige Verbundenheit mit Christus, um damit auch anderen „Menschen zum Glauben an diesen Christus Anlass zu geben und am Aufbau des Königreiches Christi mitzuwirken, das sich erst am Ende der Zeiten in seiner Fülle zeigen wird. Der Finanzsektor soll von diesem Prozess der Erlösung nicht ausgenommen sein. Oder wie der calvinistische Theologe Kuyper schreibt: „Im gesamten Bereich unserer Existenz gibt es nicht einen Quadratcentimeter, über dem Christus, der Herr über alles ist, nicht ausgerufen wird: Mein!“ (S.226)

Es ist klar: dieser selektive Durchmarsch durch die drei Teile und acht Kapitel dieses ausgezeichneten Werkes einer christlichen Ethik des Finanzwesens kann nicht mehr als die Leserin oder den Leser anreizen einige oder alle Kapitel dieses Werkes gründlich zu lesen. Der 21 Seiten umfassende Anmerkungsanhang enthält eine Fülle von Referenzen zu theologischen, philosophischen und ökonomischen Werken aus dem Altertum, dem Mittelalter, der Neuzeit und der Moderne. Der Haupttext ist damit umfassend hinterlegt und zeugt von der ungeheuer breiten und tiefgehenden Kenntnis des Autors der themenrelevanten Literatur. Alle Kapitel sind sehr klar geschrieben und schwierigere ökonomische Konzepte wie z.B. „Leerverkäufe am Aktienmarkt, Finanzderivate, etc.“ auch für den Nichtfachmann und die Nichtfachfrau gut verständlich erklärt. Man kann dem Herausgeber dieses Buches nur vollinhaltlich zustimmen, wenn er am Klappentext schreibt: „Der Autor hebt einen Schatz, der für eine Ethik des Finanzwesens aus christlicher Sicht neue und überraschende Perspektiven eröffnet sowie manche kritische Anfragen an heutige Praktiken der Finanzwirtschaft in einem neu-

en Blick erscheinen lässt ... [Greggs] packend geschriebenes Buch zwingt dazu, manches Vorurteil zu revidieren und neu darüber nachzudenken, was im konkreten Fall richtig oder falsch, gut oder böse ist.“ Alles in allem kann ich dieses Buch allen an einer christlichen Ethik der modernen Finanzwirtschaft interessierten Leserinnen und Lesern nur wärmstens empfehlen.

Anmerkungen

[1] In drei Abschnitten am Ende des 7. Kapitels schreibt Dr. Gregg über „Zentralbanken und Geldwertstabilität“, „Geldpolitik, die Armen und die Reichen“ und „Eine Weltzentralbank?“. Der Autor macht klar, dass keine grundsätzlichen Einwände gegen die Existenz von Zentralbanken aus christlicher Sicht bestehen, dass es aber auch legitim ist, Zentralbankpolitiken, wie die schon mehrere Jahre betriebene Politik der „quantitativen Lockerung“ wegen der einseitigen Vorteile, die diese Politik großen Finanzinstitutionen (Wall Street) verschafft, zu kritisieren.

■ „Nehemia: Ein Kellner räumt auf – Ja bitte, aber ordentlich!“

Rezension von Christian Müller

Von Waldemar Sardaczuk; 1. Auflage, 2017, ISBN 978-3-9814695-5-4, NEHEMIA Literaturdienst des AVC 2017, D-63667 Nidda; zu beziehen über www.avc-de.org.

Nehemia hieß der Mundschenk des babylonischen Königs, der es nach dem gleichnamigen Buch des Alten Testaments bis zum Statthalter Judas brachte. Einem Ruf Gottes folgend, mobilisierte er das Volk, um die Stadtmauern Jerusalems wiederaufzubauen, und gab auf diese Weise der Gottesbeziehung der Menschen zugleich eine neue Richtung. Der zupackende Gottesmann wurde so zum Rollenmodell für das gleichnamige Sozialwerk Nehemia Christenhilfsdienst e.V. in Nidda, das heute mit seinen 1.400 Mitarbeitern Kindergärten Schulen und Suppenküchen in aller Welt baut. Der biblische Nehemia ist daher auch der Titelheld des neuen Buches von dessen Mitgründer Waldemar Sardaczuk, der zur Unterstützung der Untergrundkirche in den 1970er Jahren zunächst unter abenteuerlichen Bedingungen Bibeln in den Ostblock schmuggelte, um auf diesem Engagement später das Aktionskomitee für verfolgte Christen

und Notleidende (AVC) zu errichten, als dessen diakonischer Zweig das Sozialwerk Nehemia heute dient.

So wie der große Gottesmann in der Bibel seinen Mitarbeitern am Wiederaufbau der Stadtmauern Jerusalems, so liest auch Sardaczuk seinen Mitstreitern im Bund freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) beim Aufbau des Gottesreiches die Leviten: den Spöttern, die am Rande stehen und über die Aktiven im Reich Gottes höhnen, den Stolzen, die „ihre Nacken nicht beugen wollen“ zur Arbeit, aber auch den Bequemen, die lieber um Arbeiter im Weinberg des Herrn beten, als selbst mit anzupacken. Sardaczuk redet auch seinen Mitstreitern im Pastorenamt ins Gewissen, wenn sie wohlfeil von der „grenzenlosen Liebe“ Gottes predigen und geflissentlich übergehen, dass es auch ein ewiges Verlorensein geben kann. Auch scheut der Autor nicht das heiße Eisen der BFP-Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), die er mit glühenden Worten ablehnt. Sardaczuk predigt aber auch sich selbst, wenn er eigene Missgriffe nicht verschweigt wie jenen, als er während der Hun-

gerkatastrophe in Biafra/Nigeria nur andere zur Aktion mahnte, anstatt selbst etwas zu tun – und daher am Ende niemand etwas unternahm.

Wie gewohnt würzt Waldemar Sardaczuk seine Überlegungen mit zahlreichen persönlichen Anekdoten und Erinnerungen. „Nehemia“ reißt mit, rüttelt auf und unterhält bestens. Bei der Lektüre ahnt man etwas von der Aufbruchsstimmung, die noch vor ein paar Jahrzehnten durch die Pfingstbewegung wehte, als man mit Elan zum Evangelisieren auf die Straße ging oder Zeltmissionen durchführte. Und es blitzt immer wieder die atemberaubende Lebensleistung dieses Nachfolgers Christi durch, der sein ganzes berufliches Wirken unermüdlich der Arbeit für den Herrn widmete.

Man wird dem Autor vielleicht nicht in allem zustimmen. Lehrreich und immer wieder originell sind seine Betrachtungen allemal. Und sie ermutigen mit Nachdruck, „ja bitte“ den Schutt im eigenen Leben aufzuräumen und ihn zu Jesus zu tragen, der allein ihn wirklich restlos wegfeigen kann.

■ Vertrauen in der ökonomischen Theorie. Eine mikrofundierte und verhaltensbezogene Analyse

Rezension von Karl Farmer

Vertrauen zählt üblicherweise zu den Untersuchungsobjekten der „weichen“ Sozialwissenschaften Soziologie, Sozialpsychologie und Psychologie, nicht aber zum Untersuchungsgegenstand der „harten“ ökonomischen Theorie. Seit der globalen Finanzkrise 2007/2008 wird nicht nur von Sozialwissenschaftlern, sondern auch von Ökonomen ein „Vertrauensverlust in Wirtschaft und Politik“ (Farmer u.a. 2014) festgestellt, der auch hartgesottene Ökonomen dazu gebracht hat, sich mit dieser weichen Materie zu beschäftigen. Das hat zu einer Vielzahl meist anlassbezogener Veröffentlichungen zum Vertrauenssthemata geführt, die aber meist eine systematische Phänomenbehandlung vermissen lassen. In diese Lücke stößt die vorliegende, sehr umfangreiche Doktorarbeit von Marcus Wiens, die zwar schon 2013 veröffentlicht wurde, aber absolut nichts von ihrer Aktualität verloren hat. Zum einen haben verhaltenswissenschaftliche Ansätze in der Ökonomik Hochkonjunktur, wie die jüngste Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Richard Thaler, einem amerikanischen Ökonomen, der sich mit marktwirtschaftlichen Anomalien beschäftigt, zeigt. Zum anderen hat Wiens Doktorarbeit den Charakter eines Principles' Texts, der im Zeitablauf wenig von seiner Aktualität verliert.

Das von Dr. Wiens Doktorvater, Prof. Friedrich L. Sell in der Reihe „Schriften zur internationalen Wirtschaftspolitik“ herausgegebene Buch umfasst fast 600 dicht beschriebene Textseiten mit immer wieder mathematischen Formeln dazwischen, und lädt damit auf den ersten Blick nicht unbedingt zum Lesen ein. Aber wer diese unmittelbar abschreckende Hürde überwindet, dem bietet Marcus Wiens einen ausgesprochen klar geschriebenen und das oftmals schwer fassbare Vertrauensphänomen präzise analysierenden Lesestoff, der einen kaum mehr loslässt, wenn man zu lesen begonnen hat.

Neben „1. Einleitung“ und „6. Zusammenfassung und abschließende Würdigung“ umfasst das Buch die folgenden vier Kapitel: „2. Konzeptionelle Grundlagen zur ökonomischen Betrachtung des Konstrukts Vertrauen“, „3. Prädisponierte Vertrauensbereitschaft: Psychologische und ökonomische Bestimmungsgründe der Risiko- und Informationsverarbeitung“, „4. Der „Schatten der Zukunft“:

Wiederholtes Spiel, Reputation, und relationale Verträge“ und „5. Prosoziale Motivation“.

Fast jeder meint, zu wissen, was Vertrauen ist und warum es unter anderem im Wirtschaftsleben wichtig ist. Aber nähert man sich dem Phänomen unvoreingenommen, erweist es sich ausgesprochen schwierig, Vertrauen so präzise zu fassen, dass es einer ökonomischen Analyse zugänglich ist. Das hat, wie Wiens in der Einleitung schreibt, damit zu tun, dass Vertrauen ein „Metakzept“ ist, dem eine Vielzahl unterschiedlicher Einzelerklärungen aus ganz unterschiedlichen Wissensdisziplinen zugrunde liegen. Daher werden im 2. Kapitel drei Definitionen von Vertrauen eingeführt, die der Vielschichtigkeit des Konzepts Rechnung tragen und gleichzeitig als kleinster gemeinsamer Nenner des Vertrauensbegriffs in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen gesehen werden können. Erstens, Vertrauen als eine abstrakte Erwartung an eine soziale Umwelt (Grundvertrauen, Systemvertrauen), zweitens, Vertrauen als Erwartung einer Person, dass sich eine andere Person zum Vorteil ersterer verhalten wird (personales und interaktives Vertrauen), und drittens: Vertrauen ist, wenn der Vertrauensgeber (= Person, die vertraut) trotz Wissens um den Anreiz des Vertrauensnehmers (= Person, der vertraut wird), ihn zu enttäuschen, dennoch vertraut und der Vertrauensnehmer daraufhin nicht enttäuscht. Dazu bedarf es verschiedener Vertrauensgrundlagen wie Moral und Reputation. Weiter präzisiert Wiens Vertrauen über charakteristische Wesensmerkmale wie den Verzicht des Vertrauensgebers auf Kontrolle des Vertrauensnehmers. Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht blind vertraut wird, dass enttäuschte Erwartungen den Vertrauensgeber mehr kosten als erwidertes Vertrauen nützt und Vertrauen nicht käuflich ist. Mit Vertrauen in engem Zusammenhang stehen auch Macht und Opportunismus. Soft power kann Vertrauen bewirken oder voraussetzen. Opportunismus des Vertrauensnehmers kann auf zeitlich instabile oder parasitäre Anreize zurückgehen.

Nach der Begriffsbestimmung von Vertrauen und angrenzenden Konzepten geht es in Kapitel 3 um die Vertrauensbereitschaft des Vertrauensgebers. Dazu werden mit dem Urvertrauen, der Risikofreude, dem Optimismus und dem Selbstvertrauen zunächst die persön-

lichkeitsbestimmenden Faktoren der Vertrauensbereitschaft herausgearbeitet. Die situativen und informationsbasierten Faktoren der Vertrauensbereitschaft stehen dann im Mittelpunkt des dritten Kapitels mit der Unterscheidung von Grundvertrauen einerseits und kategoriebasiertem Vertrauen andererseits. Das in einer bestimmten Entscheidungssituation auftretende Risiko, die Erfahrung des Vertrauensgebers und die Opportunitätskosten einer schnellen Entscheidung bestimmen die Grundvertrauensentscheidung. Soziale Kategorien stehen im Mittelpunkt des kategoriebasierten Vertrauens. Erfahrungsbreite, Erfahrungstiefe und Menge an vergangenen Beobachtungen bilden die informationsbasierten Faktoren der Vertrauensbereitschaft. Zum Abschluss des dritten Kapitels werden drei Versionen der Vertrautheit als besonders starke Vertrauens-erwartung unterschieden: Vertrautheit ist die Folge einer großen Menge an Erfahrung, eines hohen Grades an Gewissheit und eines hohen Ähnlichkeitsgrades.

Im Kapitel 4 stehen der Vertrauensnehmer und seine Anreize zu vertrauenswürdigen Verhalten, die sich aus Reputation und einer längerfristigen Kooperation, dem „Schatten der Zukunft“, ergeben, im Mittelpunkt. Methodisch kommen hier wiederholte Spiele zum Einsatz sowohl mit endlichem als auch unendlichem Planungshorizont. Bei endlichem Planungshorizont lässt sich der „Eindruck schindende“ Vertrauensnehmer modellieren, bei unendlichem Planungshorizont werden sich selbst durchsetzende relationale Verträge sichtbar. Relationale Verträge eignen sich gut für die economics of trust: der Mechanismus der bedingten Vertragsverlängerung in relationalen Verträgen entspricht der in Vertrauensbeziehungen beobachtbaren ‚operativen Reziprozität‘, in relationalen Verträgen treten strukturell multiple Gleichgewichte auf, so dass sich selbst erfüllende Erwartungen die Ergebnisse bestimmen, und der psychologische Vertrag als ideale Vertrauensbeziehung kann als erweiterter relationaler Vertrag gedeutet werden. An der Stabilität relationaler Verträge lässt sich sodann das Vertrauen in Kooperationsbeziehungen ablesen. Relationale Verträge sind besonders instabil, wenn parasitäre Anreize bei Vertrauensnehmer vorliegen. Diese treten nach Wiens Fallstudien auf elektronischen Märkten, im Kartell, innerhalb der Mafia und im Krieg

■ Fortsetzung: Vertrauen in der ökonomischen Theorie

Rezension von Karl Farmer

auf, wo vertrauensvolle Kooperation zwischen den Akteuren selten ist. Im Gegensatz zu diesen instabilen Vertrauensbeziehungen bilden die Eigenschaften von stabilen Vertrauensbeziehungen einen weiteren Schwerpunkt von Kapitel 4. Hier werden relationale Verträge mit stetigen Strategien und stetiger Fortsetzungswahrscheinlichkeit modelliert. Dabei werden zwei Ebenen von Vertrauensbeziehungen sichtbar: eine Basisebene mit einem Vorrat an Mindestvertrauen und eine vertiefte Ebene, die an den psychologischen Vertrag heranreicht. Die Basisebene ist typisch für Unternehmenskooperationen und Beschäftigungsverhältnisse. Auf dieser Ebene wird der Verlässlichkeit des Partners vertraut, auch wenn der Partner gelegentlich ‚schummelt‘. Auf der vertieften Ebene ist auch die Ehrlichkeit des Partners gefordert, was höhere Ansprüche an die Vertrauenswürdigkeit stellt. Zum Ende von Kapitel 4 wendet Dr. Wiens die Theorie der Cheap-Talk-Games auf das Vertrauensspiel an und kann damit die Art der Kommunikation zwischen den Kooperationspartnern beschreiben. Es zeigt sich, dass Spielwiederholungen alleine nicht ausreichen, um glaubwürdige Kommunikation zu erzeugen. Das gelingt erst mit Hilfe von sozialen Normen, wie z.B. eines schlechten Gewissens bei Falschinformation.

Im Mittelpunkt von Kapitel 5 stehen soziale Präferenzen als weitere Vertrauensgrundlage. Ergebnisse der Sozialpsychologie sowie der experimentellen und verhaltenswissenschaftlichen Ökonomik weisen soziale Normen als verhaltensregulierend aus. Die zwei wichtigsten sind die Fairness-Norm sowie die Partizipationsnorm. Man unterscheidet distributive und prozessorientierte Fairness (Reziprozität). Allerdings: Soziale Normen erzeugen nicht automatisch Vertrauen, sondern sind in ihrer vertrauenserzeugenden Wirkung begrenzt. Dennoch gilt: Interpersonales, normbasiertes Vertrauen hat eine bestimmte Form der Reziprozität als Grundlage. Diese sorgt dafür, dass extrinsische Anreize (Gehaltssteigerung) und intrinsische Anreize (Freude an der Arbeit) gut balanciert sind und keine Überforderung des Kooperationspartners (z.B. Arbeitnehmer durch Arbeitgeber) erfolgt. Zur Präzisierung der Fairness-Norm für Vertrauensbeziehungen werden vier Modelle der verhaltenswissenschaftlichen Ökonomik verwendet. Im Hinblick auf die distributive Fairness zeigt sich, dass das Interesse an einer fairen Verteilung der Auszahlungen den Vertrauensnehmer zu

einem vertrauenswürdigeren Verhalten bewegt. „Gleichzeitig jedoch senkt die Fairnessorientierung die Vertrauensbereitschaft, weil ein fair eingestellter Vertrauensgeber anspruchsvoller wird: Er vertraut nur dann, wenn er sich hinreichend sicher sein kann, dass ihm zusätzlich zur Primärauszahlung keine Ungerechtigkeit widerfährt.“ (Wiens 2013, S. 587) Intentionbasierte Reziprozität wird mit Hilfe von zwei Modellen, die auf der psychologischen Spieltheorie beruhen, analysiert. Multiple Gleichgewichte mit selbsterfüllenden Einschätzungen (beliefs) der Spieler sind typisch für psychologische Spiele. Aus der Sicht der ökonomischen Spieltheorie weisen psychologische Spiele Willkür und Beliebigkeit auf, aber sie ermöglichen nach Wiens (2013, S. 588) „die Komplexität der psychologischen Dimension von Vertrauen und Vertrauensbeziehungen ... überhaupt einmal sichtbar zu machen.“ Darüber hinaus wurden diese Fairness-Modelle aufgrund der Befunde experimenteller Wirtschaftsforschung entwickelt und weisen damit eine starke empirische Basis auf. Dennoch bleibt mit Wiens festzuhalten, dass sehr unterschiedliche Modelle mit prosozialer Motivation die gleichen empirischen Beobachtungen erklären können. Das zeigt, dass diese Fairness-Modelle gegenüber den standard-ökonomischen Modellen mit reinem Eigennutz einen breiteren Bereich zwischenmenschlicher Motivationen abbilden, aber das menschliche Verhalten in marktlichen Wettbewerbswirtschaften auch noch nicht umfassend abbilden.

Es ist klar: Dieser höchst selektive Durchmarsch durch die ausgezeichnete Zusammenfassung von Dr. Wiens Monografie kann nicht mehr als die Leserin oder den Leser anreizen einige oder alle Kapitel dieses Werkes gründlich zu lesen. Ökonomen möchte ich besonders die Kapitel 2 und 5 empfehlen, falls man sich nicht ohnehin durch das ganze Buch hindurch liest. Dr. Wiens hat bravourös das geschafft, was heute in universitären Leitbildern als besonders erstrebenswert herausgestrichen: eine wahrhaft interdisziplinäre Arbeit mit hohem Erkenntnisgewinn für alle beteiligten Wissenschaftsdisziplinen vorzulegen. Er hat eine ungeheure Fülle an psychologischer, soziologischer und ökonomischer Literatur zum Vertrauensthema im wahrsten Sinn des Wortes verarbeitet und in einer außerordentlich klaren und präzise argumentierenden Art und Weise für den Leser oder die Leserin aufbereitet.

Das Buch ist sicher primär für Ökonomen und Ökonominen geschrieben, die mit Spieltheorie, Informationsökonomik und Entscheidungstheorie vertraut sind. Aber auch mit diesen Methoden weniger vertraute Ökonomen/-innen und benachbarte Sozialwissenschaftler können das Buch mit großem Gewinn lesen, weil sich Wiens die Mühe gemacht, die „ökonomischen Grundlagen“ in Kapitel 2 sehr gut verständlich darzustellen, und die formalen Modelle, die danach im Text folgen, mit Hilfe dieser Grundlagen gut verstanden werden können. Einen überzeugenderen Hinweis auf die Sorgfalt, Genauigkeit, ja geradezu Perfektion, mit der dieses Buch verfasst wurde kann man nicht finden als die Tatsache, dass in diesem fast 600 Seiten umfassenden Werk nur ein oder zwei Tippfehler auftreten. Inhaltlich ist außerdem hervorzuheben, dass sich Dr. Wiens trotz (oder gerade wegen) intensiver Beschäftigung mit verhaltenswissenschaftlicher Literatur nicht von dem schon mehrere Jahre anhaltenden Hype um die „Behavioral Economics“ anstecken lässt. Es stellt nüchtern fest, dass die Modelle mit prosozialer Motivation (Fairness und Reziprozität) die enge Eigennutzprämissen der herrschenden Ökonomik zu Recht erweitern, aber noch lange nicht in der Lage sind, die Eigennutzannahme in einer Theorie wettbewerblicher Marktwirtschaften zu ersetzen. Alles in allem kann ich dieses Buch allen an einer wissenschaftlichen Erfassung und Analyse von Vertrauen in der Wirtschaft interessierten Leserinnen und Lesern nur wärmstens empfehlen.

Literaturhinweise

- Farmer, K., H. Jung, W. Lachmann (Hrsg.). Wirtschaftskrisen und der Vertrauensverlust in Wirtschaft und Politik. Ist das Vertrauen mit christlichem Ethos wiederzugewinnen? Band 17: Marktwirtschaft und Ethik. LIT-Verlag: Berlin und Münster 2014.
- Wiens, M. Vertrauen in der ökonomischen Theorie. Eine mikrofundierte und verhaltensbezogene Analyse. Schriften zur internationalen Wirtschaftspolitik, hrsg. von Friedrich L. Sell. LIT-Verlag Berlin und Münster 2013.

■ Eine Frage des Gleichgewichts

Interview mit Elmar Nass

Was macht gute Führung aus? Der Aachener Priester und Professor Elmar Nass hat darüber geforscht und geschrieben. Ein Interview-Abdruck aus der KirchenZeitung für das Bistum Aachen.

An der Wilhelm-Löhe-Hochschule in Fürth bildet Elmar Nass Nachwuchs für Führungspositionen im Sozial- und Gesundheitswesen aus. Im Zuge dessen hat der Aachener Priester und Professor systematisch über Führungsfragen geforscht. Die sind auch in Kirche und Caritas aktuell und dringlich. Die Ergebnisse seiner Studien stellt Nass in einem frisch vorgelegten „Handbuch Führungsethik“ vor.

Warum ist es in Ihren Augen wichtig, sich etwas intensiver als bisher mit der Ethik der Führung von Organisationen, Institutionen, Unternehmen zu beschäftigen?

Wie eine Führungskraft die Welt sieht, die Aufgabe ihres Arbeitgebers versteht und ihre persönliche Rolle annimmt, hat ganz unmittelbare Folgen für Menschen. Frauen und Männer verbringen einen Großteil ihrer Lebenszeit im Beruf. Wie sie diese Zeit erfüllt und fordert, ist von hoher Bedeutung. Führungskräfte sollten sich dieser Verantwortung bewusst sein. Ihr Verständnis von Führung nimmt Einfluss auf ganz viele, ganz praktische Fragen. Wie wird im Unternehmen kommuniziert, wieviel Vertrauen ist möglich, wieviel Kontrolle nötig? Wie motiviere ich? Welchen Raum gebe ich der bewussten Weiterentwicklung von Mitarbeitern?

Ratgeber dazu gibt es wie Sand am Meer. Sie gehen aber wissenschaftlich an das Thema. Was sind Ihre Quellen?

Tatsächlich ist die Beratung von Führungskräften etwas, womit sich viel Geld verdienen lässt. Deshalb sind viele Kollegen aus der wissenschaftlichen Zunft zurückgeschreckt vor dem Thema, es kommt ihnen etwas halbseiden vor. Ich sehe das anders und habe erst einmal Ethik von Führung definiert. Dann habe ich mir unterschiedliche Modelle dazu angeschaut. Das reichte vom Ideal des Führungsgurus über ökonomisch dominierte Ansätze bis hin zu anthroposophischen Leitungsphilosophien. Sogar bei einer Denkfabrik, die für das US-Militär arbeitet, habe ich bedenkenswerte Gedanken gefunden.

Und wie sah es im Bereich der christlichen Literatur und Wissenschaft aus?

Da gibt es eher wenig bisher. Ich möchte mit meinem Buch Kollegen aus der Theologie ermutigen, sich dem Thema zu stellen. Als Christen sind wir nicht weniger wissenschaftlich unterwegs als andere. Ich sehe uns christliche Wissenschaftler in einer Verantwortung, Position zu beziehen. Denn nur, wenn wir hier einen Beitrag als Christen leisten, können wir auch Einfluss darauf nehmen, wie in Organisationen, Institutionen und Unternehmen gehandelt wird.

Gehört es nicht zum Selbstverständnis eines jeden Wissenschaftlers, wertfrei zu arbeiten?

In der Analyse ja, aber in der Interpretation braucht es natürlich immer eine Perspektive. Wissenschaftliche Arbeit dient der bewussten Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Wie wir das tun, muss klar strukturiert und überprüfbar sein. Auf der Basis können wir in einem zweiten Schritt unsere Werte und Vorstellungen formulieren. Kantische Wissenschaftler sagen dann etwa, dass sie kantisch argumentieren. Christliche Wissenschaftler sollen ebenso sagen, dass sie christlich argumentieren. So diskutieren wir auf Augenhöhe, und ich bleibe durch und durch wissenschaftlich in meiner Methodik, bringe aber zugleich meine Überzeugungen und meinen Glauben als Christ ein.

Was heißt das auf Führung gewendet?

Für mich gibt es zwei Pole, zwischen denen sich Unternehmen und Organisationen bewegen und an denen sich alles ausrichten muss. Der eine Pol ist die Wirtschaftlichkeit, der andere die Menschendienlichkeit. Alle Ansätze, die sich einseitig nur an einem der beiden Ziele ausrichten, sind keine Führungsethik. Für den Bereich von Kirche und Caritas sehe ich die Herausforderung für Führungskräfte, die Wirtschaftlichkeit ihrer Einrichtungen mit dem christlichen Auftrag in Übereinstimmung zu bringen.

Können Sie das bitte etwas konkretisieren?

Ich nehme mal das Beispiel Krankenhaus. Die Kapelle alleine reicht genauso wenig aus wie Kreuze in den Zimmern. Wenn in einem christ-

lichen Haus genauso mit Patienten und Mitarbeitern umgegangen wird wie in anderen Häusern, dann ist das Etikettenschwindel. Dann brauche ich das nicht. Wir Christen müssen in der Gesellschaft erkennbar sein. Christliche Führung bedeutet hier: Wie kann ich die berufliche Erfüllung eines jeden Mitarbeiters gewährleisten und seine Entwicklung auf Jahre hin fördern? Dieser Gedanke der Menschendienlichkeit darf nicht der Gewinnmaximierung geopfert werden. Die Mitarbeiter, von der Putzfrau bis zum Chef, sind aus christlicher Sicht nicht bloß Humanressourcen, die es für den maximalen Profit auszupressen gilt. Vielmehr hat jeder von ihnen seine eigene Würde, weil wir das Ebenbild Gottes darstellen. Die zu gewährleisten, ist Teil unseres missionarischen Auftrags in der Welt. Zugleich muss es auch wirtschaftlich sein, ansonsten droht die Pleite, die keinem dient außer der Konkurrenz.

Wenn aber das Geld vorne und hinten nicht reicht, wie im unterfinanzierten Gesundheitswesen?

Wo ein Kreuz draufsteht, muss christliche Kultur drin sein. Ist das finanziell nicht mehr tragbar, sollte man besser zumachen. Die biblischen Werke der Barmherzigkeit sind aber zuerst ein Appell an eine erfolgreiche Zukunft von Caritas und Diakonie.

Sie predigen jetzt also nicht den Rückzug der Kirche aus dem Feld der tätigen Nächstenliebe?

Im Gegenteil! Zunächst beschreibe ich nur ganz nüchtern die Quadratur des Kreises, der christlichen Führungskräften in diesem Feld abverlangt wird und sie an Grenzen führt. Wirtschaftlichkeit und Menschendienlichkeit in der Leitung eines Unternehmens gelungen in ein Gleichgewicht zu bringen, ist für mich gute Führung. Tätige Nächstenliebe aber gehört ganz eindeutig zum Grundauftrag des Glaubens. Sich daraus zurückzuziehen, wäre ein Verrat am Auftrag Jesu.

Das Gespräch führte KiZ-Chefredakteur Thomas Hohenschue. Der Beitrag ist erschienen in der Ausgabe 5/2018 der KirchenZeitung für das Bistum Aachen. Die Genehmigung für einen Abdruck liegt vor.

Ist Freihandel fairer Handel?

Kommentar zum 9. Arbeitstreffen des Forums Christlicher Wirtschaftswissenschaftler von Helmut de Craigher

Der Freihandel war Gegenstand des 9. Arbeitstreffens des Forums Christlicher Wirtschaftswissenschaftler in Giessen am 23. März 2018. Gastgeber war das Institut für Ethik & Werte an der Freien Theologischen Hochschule, in Kooperation mit der GWE e.V und der Sektion Wirtschaft von „Wort & Wissen“.

Unerwartet aktuell wurde das Tagungs-Thema wegen Donald Trumps Abkehr von der bislang gültigen liberalen Freihandels-Doktrin. Über die Aktualität hinaus wurden aber auch moralische, theologische und politische Handlungsalternativen deutlich – so weit, dass die Frage berechtigt scheint, ob es sich um bloße Herausforderungen oder um schiere Überforderungen politischer Steuerungsfähigkeit handelt.

Doux Commerce – „Süßer“ Handel ?

Was überhaupt ist freier Handel und ist er fair? Die Frage wurde von den beiden Einführungsreferaten bereits brillant behandelt und – soweit bei so komplexen Fragen möglich – beantwortet.

Ja, so die vorsichtige Grundtendenz von Professor Jürgen von Hagen, den „doux commerce“, also „wohlthätigen Handel“, gibt es. In Kürze veranschaulichte er die „pros“ und „contras“ aus der Theoriegeschichte von Josiah Tucker über Adam Smith und David Ricardo bis heute. So sehr man „frei“ verschieden verstehe und so lückenhaft die Theorie die Wirklichkeit des internationalen Handels erfasse, so könne man doch theoretisch und historisch folgern: „Freierer“ Handel schenkt in der Regel jeweils allen beteiligten Ländern bessere Zunahmen an Wohlfahrt als ein durch Zölle, Handelsauflagen, Devisenbeschränkungen, Kontingente oder Verbote staatlich dirigierter Außenhandel.

Ob die Wohlfahrtszunahme durch Ausweitung des Handels aber zur Stärkung der beteiligten Ökonomien führe, sei im konkreten Fall völlig offen. Es käme auf viele weitere politische (Verteilung der Einkommen und Vermögen) und ökonomische (Konsumpräferenzen, Investition) Bedingungen an. Grundlegender als die ökonomischen Abhängigkeiten seien deshalb inner- und zwischenstaatliche Rechtsverhältnisse. Aus einer solchen konkret (Institutionen-)politischen Sicht sei es keineswegs ausgemacht, ob und inwiefern Donald Trumps Schutzzoll-Politik in der gegenwärtigen Lage

Amerika oder den Handelspartnern letztlich schaden würde.

Der Starke gewinnt

Nein, auch unter bisherigem westlich-liberalem Handelsregime könnten beteiligte Länder den Kürzeren ziehen oder sogar Verluste an Wohlfahrt erleiden, zeigte dagegen Prof. Hermann Sautter in seinem Korreferat. Wohl gebe es den „doux commerce“, aber die angenehmen Seiten des Handels könnten doch nur die Länder genießen, die mit ihren Handelspartnern auf vergleichbarem Produktions- und Produktivitätsniveau stünden.

Sautter belegte dies durch eine kurze, aber minutiöse Geschichte der WTO (Welt-Handels-Organisation). Diese dient einerseits dem Abbau von Diskriminierungen unter Inländern sowie unter Inländern und Ausländern über Außenhandelsregeln. Sie etabliert aber auch einen doppelten Standard unter den zurzeit 164 Mitgliedern. Denn einerseits haben sich diese grundsätzlich dazu verpflichtet, alle Einfuhrvorteile, die sie einem Staat gewähren, ebenso allen anderen Mitgliedern zu gewähren (sog. „Meistbegünstigungs“-Klausel). Andererseits werden zusätzlich Handelsabkommen als „bevorzugt“ zugelassen, die zwischen zwei Partnern oder als Zoll-Union (EU, Mercosur) die völlige Abschaffung der Zölle vorsehen. In beiden Fällen können verhandlungsschwächere Vertragspartner gegenüber den Stärkeren benachteiligt werden. Etwa weil Rohstoffimporte allgemein niedriger verzollt werden als Fertigprodukte, was die technisch entwickelteren Endverarbeiter bevorzugt. Oder weil in den bevorzugten Freihandelsabkommen erstens der stärkere Handlungspartner sich gegenüber dem Schwächeren „selbst bedienen“ könne und zweitens Drittstaaten ausdrücklich ausgeschlossen und somit eben doch diskriminiert würden. Nicht zuletzt werde erfahrungsgemäß die Verhandlungsführung bei Freihandelsabkommen inhaltlich sehr weitgehend von mächtigen Kapitalgruppen oder von politisch-hegemonialen Bestrebungen bestimmt, so dass „Fairness“ keineswegs automatisch von solchen Verträgen zu erwarten sei.

Hoffnungsvoll stimme für den Welthandel, dass beispielsweise viele afrikanische Staaten heute nicht mehr durch eine vorrangige Rohstoffausrichtung benachteiligt seien. Problematisch seien eher der geringe Handelsumfang

sowie die extreme Ungleichverteilung von Einkommen und Kapital.

Moralische, theologische und politische Herausforderung – oder Überforderung?

Was verlangt der liberalisierte Internationale Handel den Betrieben, den betroffenen Menschen und Kulturen sowie den Staaten ab? Die folgenden Beiträge hoben das Thema über den im Titel zu vermutenden rein ökonomischen Kontext hinaus und setzten ihn in einen existenziellen, nämlich moralischen, theologischen und politischen Rahmen.

Der Unternehmer Heinrich Deichmann beschrieb im Podiums-Interview, wie das Wachstum seiner Unternehmensgruppe in mehrerer Hinsicht durch vorausschauende ethische Entscheidungen begleitet wurde. Dies umfasste betriebswirtschaftlich den Entschluss zur Selbstfinanzierung und damit zur Unabhängigkeit von Banken, sowie ab 1992 den Übergang von einer internationalen Zukauflphase zum organischen Wachstum der eigenen Filialstruktur. Humanwirtschaftlich und ökologisch bedeutete das ethische Vorausdenken etwa die frühzeitige Einführung von entsprechend strengen Standards gegenüber Logistikketten und Lieferanten in den Bezugsländern sowie die Investition in eine Vielzahl von Bildungs- und Hilfswerken weltweit.

Gott ist kein Globalisierungs-Gegner

Pfarrer Rolf Zwick, Vorstandsvorsitzender der Micha Initiative Deutschland e.V., entfaltete anhand der Widersprüche der „Globalisierung“ eine entscheidende theologisch-heilsgeschichtliche Frage: Ob nämlich eine Vereinigung der Menschheit auf technologischer (Turmbau zu Babel), kultureller, sprachlicher (Sprachenverwirrung als Antwort Gottes), politischer und ökonomischer Ebene aus christlich-biblischer Sicht gewollt sei oder vielmehr eine teuflische Versuchung darstelle? Obwohl er klare moralische Notwendigkeiten für faire internationale Handelsbeziehungen formulierte, vermied er letzte dogmatische Festlegungen. Er traf damit ins Herz einer weltweiten Auseinandersetzung, in der „Globalisierung“ heute trotz aller ökonomischen Fortschrittshoffnungen als Existenzbedrohung für autochthone, nicht-angelsächsische Kulturen und als Lebensbedrohung für eigenständige Staatswesen empfunden wird.

■ Fortsetzung: Ist Freihandel fairer Handel?

Kommentar von Helmut de Craigher

Gott, so Rolf Zwick, sei kein Globalisierungs-Gegner, sondern wolle ausweislich der Heiligen Schrift eine „gerechte“ Globalisierung, die Rechte von Individuen, Staaten, Ethnien usw. berücksichtige.

Der emeritierte Lehrstuhlinhaber für theoretische VWL der Universität Leipzig, Spiridon Paraskevopoulos, steuerte dem in seinem Rückblick auf die technische und ökonomische Fortschritts-Geschichte die Einsicht bei, dass jeder Fortschritt seinen Preis im Verlust von Gewohnheiten und Privilegien habe. Ob die Chancen von Arbeitsteilung und Handel für Millionen verwirklicht würden, sei keinesfalls immer sicher. Es komme auf die Fähigkeit der Politik an, gleiche Wettbewerbs-Chancen für Viele zu gestalten. Dies setze, ganz im Sinne der Ordo-Theorie, für alle Wirtschaftsbeziehungen eine starke ordnende Macht voraus.

Wie internationale Rechtsordnungen verankern?

Dies führte in der folgenden Diskussion gleich zu der Frage, wie unter der Bedingung der fehlenden internationalen politischen Autorität eine gerechte Ordnung durchzusetzen sei? Ist über Verträge eine internationale „systemische Obrigkeit“ herstellbar? Weder die Geschichte der UNO noch der gegenwärtige Zustand der Europäischen Union stimmten die Diskussionsteilnehmer in dieser Hinsicht optimistisch. Gibt es überhaupt eine „von Natur“ festgelegte Abhängigkeit im Verhältnis von Macht und Politik, von Recht und von Ökonomie? Was bedingt und fördert das andere – Hermann Sautter meinte, dass einschlägige Forschungen dazu keine eindeutigen empirischen Aussagen hervorgebracht hätten.

Im abschließenden Vortrag wies der Ökonom und Theologe Prof. Harald Jung (Internationale Hochschule Liebenzell) auf die ethische Zweideutigkeit in der theologischen Bewertung internationalen Handels hin. Es komme für Christen auf die konkrete Übernahme von

Verantwortung an, sowohl gegenüber Menschen als auch gegenüber Gott. Er erinnerte an Bonhoeffers Mandatenlehre, die eben dies als göttlich gesetzte Aufgabe erkennt, Verantwortung gleichzeitig in mehreren Sphären zu übernehmen: im Markt als Austauschraum von Leistungen, in der Einkommens- und Vermögensverteilung, im Handelsfrieden, im Kulturaustausch, in der Begrenzung und Verrechtlichung von Macht und schließlich im Vermeiden der immer drohenden politisch-tyrannischen Versuchung.

Was ist das Ziel der Menschheit?

Damit ist eine letztlich individuelle Antwort gegeben, aber das Problem der Begründung internationaler Ordnungen nicht gelöst. Sehr ungewohnt für den betrachtenden politischen Ökonomen war am Ende dieser Kurztagung, dass er unter den durchgehend hoch verdienstreichen Referenten diesmal ausgerechnet dem reinen Theologen die Palme für den bedeutungstiefsten Vortrag reichen würde.

Zielt die Menschheitsgeschichte auf die unterschiedslose Weltgesellschaft aller „Freien und Gleichen“? Ist das Gottes Schöpfer- und Erlöserwille für die Welt? Dann wären die radikal-liberalen und die sozialistischen Utopien, die auf eine Auflösung von familiären, kulturellen, geschlechtlichen, politischen und religiösen Unterschieden zugunsten einer technisch, gesellschaftlich und medizinisch leidensfrei gemachten Menschheit hinauslaufen, identisch mit biblisch-messianischen Endzeitverheißungen, über die hinaus es keines Paradieses mehr bedürfte. Die Abschaffung von Schicksal, von Macht sowie der Notwendigkeit von Ordnung wäre für jeden Christen und Juden geradezu verpflichtend!

Oder hat Gott den Menschen, seine Gattungsnatur, seine Endlichkeit und seine Unterschiede im Kulturellen, Geschlechtlichen, Individuellen mit der dadurch ermöglichten Vielfalt

gegenseitigen Dienstes und voneinander Abhängens unabänderlich so gewollt? Sind das nicht eben diejenigen Bedingungen, unter denen Gerechtigkeit erst zu lernen, Ordnungen durchzusetzen und negative Erfahrungen friedlich zu überwinden sind? Dann geht es in der Tat um konkrete Verantwortung sowie darum, die Abhängigkeiten von Legitimität, Macht, Politik, Recht, Gesetz und Ökonomie philosophisch richtig zu erkennen. (Was, nebenbei bemerkt, in der Tat keiner empirisch-quantitativen, sondern nur einer historisch-begrifflichen Methodik zugänglich ist.) Und es ist dann ein unverändert schwieriger Kampf gegen Leiden, Bosheit und Unverstand – einschließlich des eigenen Unverstands – auf Dauer in Kauf zu nehmen.

Unter welchen Bedingungen ist, fragte Rolf Zwick, wie unter den Jüngern Christi zu Pfingsten, eine Einheit aller Menschen unter dem heiligen Geist denkbar? Könnte die vom Propheten Joel vorausgesagte Geistbeseeltheit zu einer neuen Sozialgeschichte, einer neuen Sozialstruktur, zu einer Umkehrung der Machtverhältnisse führen? So gestellt, ist die Antwort auf die Frage bereits implizit gegeben, denn: Nur Gott selbst verfügt über seinen Heiligen Geist. Die Umkehrung, dass technische, ökonomische und politische Mächtschaften den Geist nach sich zögen, verkörpert genau jenes prometheisch-teufliche Versprechen, das Gottes Reich beerben will, indem es seinen Schöpfer und Herrn ausschließt.

Christlich-biblisch gesehen wird auch für Ökonomie und Handel der Tag des herrschenden Messias kommen, aber die realistische biblische Verheißung lautet, dass Christus die Menschen dabei aus einem ausweglos boshaften und kriegerischen Zerwürfnis erretten wird. Bis dahin sind die Christen aufgerufen, unter den fortbestehenden Bedingungen von Politik, Macht, Leid, Gewalt befriedend, versöhnend, ordnend und selbstlos dienend zu wirken.

■ Wirtschaft mit Würde: 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft

Mit starker GWE-Beteiligung veranstaltet am 21. und 22. Juni 2018 die Joseph-Höfner-Gesellschaft (JHG) eine **Tagung zum 70. Geburtstag der Sozialen Marktwirtschaft**.

Die Veranstaltung fällt exakt auf den Jahrestag, an dem sieben Jahrzehnte zuvor der alliierte Wirtschaftskommissar Ludwig Erhard in den drei Westzonen Deutschlands die D-Mark einführt und alle Arten von Rationierung und

Zwangswirtschaft für beendet erklärte. Dieses Jubiläum gibt Anlass zurück- und vorauszuschauen. Die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft gerade in Deutschland ist unbestritten, die Leidenschaft, für sie einzu-

■ Wirtschaft mit Würde: 70 Jahre Soziale Marktwirtschaft

treten, aber deutlich im Rücklauf. In der Tagung, die wissenschaftlich von den GWE- und JHG-Vorstandsmitgliedern Prof. Dr. Christian Müller, Prof. Dr. Elmar Nass und P. Johannes Zabel geleitet wird, blicken die Referenten aus unterschiedlichen Perspektiven mit Sympathie zurück, um informiert nach vorne zu schauen, was Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig macht und warum genau das wirtschaftlich vernünftig und ethisch gut ist.

Die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft, deren erklärtes Prinzip es ist, über die Rechtsordnung zu menschenwürdigen Ergebnissen des wirtschaftlichen Handelns zu gelangen, betrachtet Max-Weber-Preisträger Prof. Dr. Bernd Noll (Pforzheim); ihre ethischen Grundlagen aus Ökonomie, katholischer und evangelischer Sozialethik beleuchten Prof. Dr. Nils Goldschmidt (Siegen), Johannes Zabel (Worms) und der stellvertretende GWE-Vorsitzende Prof. Dr. Harald Jung (Liebenzell). Prof. Dr. Jürgen Zerth (Fürth), Prof. Dr. Friederike Welter (Siegen), PD Dr. Stefan Luft (Bremen) und Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer (Freiburg) widmen sich den aktuellen Herausforde-

rungen dieser Wirtschaftsordnungskonzeption für den Wohlfahrtsstaat, das Unternehmertum, die Migrations- und Familienpolitik.

Die Eignung der Sozialen Marktwirtschaft als Zukunftsmodell in Europa und Lateinamerika, aber auch im Blick auf Trumps US-Präsidentschaft und den Brexit behandeln Prof. Dr. Jörg Althammer (Eichstätt), Prof. Dr. Eugenio Yáñez (Santiago/Chile) sowie der FAZ-Redakteur Dr. Philip Plickert.

Als Keynote-Speaker konnten die Veranstalter den NRW-Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann gewinnen.

Anmeldung:

Akademie Franz Hitze Haus
Kardinal-von-Galen-Ring 50
48149 Münster
Telefon: +49(0)251-9818-444
Marie-Luise Niederschmid
Telefax: +49(0)251-9818-480
E-Mail: niederschmid@franz-hitze-haus.de
Online: www.franz-hitze-haus.de/info/18-220

■ Journal for Markets and Ethics erscheint jetzt bei De Gruyter

Die GWE hat sich entschlossen, das 2013 gegründete Journal einem internationalen wissenschaftlichen Publikum besser zugänglich zu machen. Seit Herbst 2017 erscheint die referierte wissenschaftliche Zeitschrift JoME - Journal for Markets and Ethics / Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik nun beim Wissenschaftsverlag De Gruyter. Die Beiträge der Ausgaben bis einschließlich II/2016 sind weiterhin über die Website <http://www.zfme-jme.com/> abrufbar.

Die jüngeren Ausgaben erscheinen nun unter dem Link:

<https://www.degruyter.com/view/journaltoc/jome?rskey=PWUcWx&result=1>.

Chefredakteur ist Prof. Dr. Christian Müller (Universität Münster), Managing Editor Prof. Dr. Harald Jung (Internationale Hochschule Bad Liebenzell). Zum Herausgeberbeirat gehören derzeit folgende Wissenschaftler: Prof.

Dr. Michael Frenkel (WHU – Otto Beisheim School of Management), Prof. Dr. Jürgen von Hagen (Universität Bonn), Prof. Dr. Wolfgang Harbrecht (Universität Erlangen-Nürnberg), Prof. Dr. Reinhard Haupt (Universität Jena), Prof. Dr. Heinzpeter Hempelmann (Internationale Hochschule Liebenzell), Prof. Dr. Stephan Holthaus (Freie Theologische Hochschule Gießen), Prof. Dr. Gerald Mann (FOM München), Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos (Universität Leipzig), Prof. Dr. Siegfried Scharrer (Nürnberg), Prof. Dr. Hermann Sautter (Göttingen), Prof. Kevin Schmiesing (Grand Rapids), Werner Neuer (Basel, Nürnberg), Prof. Dr. Christian Müller (Universität Münster), Prof. Dr. Harald Jung (Internationale Hochschule Bad Liebenzell), Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann (Universität Nürnberg-Erlangen), Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Farmer (Universität Graz), Prof. Dr. Dr. Elmar Nass (Wilhelm Löhe Hochschule Fürth), PD Dr. Giuseppe Franco (Lecce).

■ Über die GWE

Ziel – Arbeit – Impressum

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben den halbjährlichen Informationsdienst „Wirtschaft und Ethik“ heraus. Zu den Themen Wirtschaftsethik, Entwicklungspolitik und ökologische Wirtschaftspolitik bereiten wir wissenschaftliche Publikationen vor und geben sie heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Prof. Dr. Christian Müller, stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Harald Jung, Ehrenvorsitzender ist Prof. i.R. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an: Dr. Helmut de Craigher, Prof. Dr. Gerald Mann, Karl J. Möckel, Matthias Vollbracht, Prof. Dr. Dr. Elmar Nass, Jakob Löwen, Johannes Zabel und Lucas Wehner.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.

Impressum „WIRTSCHAFT UND ETHIK“

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von
Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (GWE)
Wacholderweg 6
91154 Roth-Bernlohe
Tel./Fax: +49 (0)9172 - 2523
E-Mail: info@wirtschaftundethik.de
Internet: <http://wirtschaftundethik.de>
Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.
IBAN: DE82 7609 0500 0001 0210 90
BIC: GENODEF 1S06

Satz: Jakob Löwen

Druck: Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH